

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Berlins-Anzeigen
für die dreispaltigen Beilagen oder deren Raum 30 A.

An die Verbandsmitglieder!

Laut Bekanntmachung im „Grundstein“ soll in der Woche vom 29. August bis zum 3. September eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgenommen werden.

Die gesamten Mitglieder werden ersucht, bei der Aufnahme der Statistik dadurch behilflich zu sein, daß sie die mit der Umfrage betrauten Kollegen bei Ausführung ihrer Arbeit unterstützen und auch bereitwillig über die Lohn- und Arbeitsbedingungen Auskunft erteilen.
Der Vorstand.

Willensfreiheit und soziale Notwendigkeiten.

IV.

Unter all den Philosophen, die sich mit dem Verhältnis zwischen dem Einzelmenschen und der Gesellschaft beschäftigt haben, hat wohl keiner dies Problem tiefer erfaßt und gründlicher behandelt als Friedrich Nietzsche, der vielverkannte Rinder des Uebermenschen. Dieser große Individualist, der das Recht der Persönlichkeit vertat wie keiner vor ihm, hat in ergreifenden Worten gelehrt, daß der Einzelmensch keinen andern Zweck hat, als den, der Entwicklung der Menschheit zu dienen. Nietzsche überträgt das Entwicklungsgeßes, das Darwin für Tierreich und Pflanzenreich aufgestellt hatte, plammäßig auf das Reich der Menschen. Wie Tiere und Pflanzen sich den neuen Bedingungen des Daseins anpassen und durch die Auslese der Besten immer vollkommene Arten bilden, so soll auch die Menschheit immer höher emporsteigen. Der Mensch, als Individuum und als Typus, soll über sich selbst emporwachsen, er soll zu einem Uebermenschen werden, der ebenso hoch über dem heutigen Menschen steht, wie der heutige Kultur Mensch über seinen tierischen Vorfahren. „Alle Wesen bisher schufen etwas über sich hinaus: und ihr wollt die Ebbe dieser großen Flut sein und lieber noch zum Tier zurückgehen, als den Menschen überwinden.“ Mit Donnerstimme ruft er den Menschen zu, daß sie emporwachsen sollen über sich selbst. Besonders in der geschlechtlichen Vereinigung von Mann und Frau erblickt er die Möglichkeit der ununterbrochenen Aufwärtsentwicklung: „Ehe, so heiße ich den Willen zu Zweien, das eine zu schaffen, das mehr ist, als die es schufen. Ehrfurcht vor einander neme ich die Ehe als vor dem Wollen eines solchen Willens. Ueber dich sollst du hinausbauen. Aber erst mußt du mir selber gebaut sein, rechtwinklig an Leib und Seele. Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf sollst du dich pflanzen! Dazu heiße dich der Garten der Ehe. Einen höheren Leib sollst du schaffen, eine erste Bewegung, ein aus sich rollendes Rad, einen Schaffenden sollst du schaffen. Darf man Schaffenden, Pfeil und Sehnsucht zum Uebermenschen: sprich, mein Bruder, ist dies dein Wille zur Ehe? Heilig heiße mir solch ein Wille und solche Ehe.“

In begeistertsten Worten preist Nietzsche den Menschen, der die Brücke bildet zum Uebermenschen, der da arbeitet und erfindet, denkt und handelt, damit er der künftigen Menschheit ein wohlthätiges Haus baue, dem Menschen, der wie ein Pfeil der Sehnsucht himberfliegt zum andern Ufer. Darum lehrt er einen neuen Adel, der nicht aus der Vergangenheit stammt, sondern der in die Zukunft weist: „O, meine Brüder, ich weiße und weiße euch zu einem neuen Adel; ihr sollt mir Zeuger und Richter

werden und Säemänner der Zukunft. Nicht, woher ihr kommt, mache euch fürderhin eure Ehre, sondern wohin ihr geht; euer Wille und euer Fuß, der über euch selber hinaus will, das mache eure neue Ehre! O, meine Brüder, nicht zurück soll euer Adel schauen, sondern hinaus. Nicht euer Vaterland sollt ihr lieben, eurer Kinder Land sollt ihr lieben, das unentdeckte im fernsten Meere. Nach ihm heiße ich eure Segel fuchen und fuchen.“ Und darum fordert der große Geist Nietzsche, daß der Mensch sich aufopfere für die Menschheit; er predigt die schenkende Tugend, denn das ist die höchste Tugend. Der Mensch soll tüchtig werden, er soll etwas taugen; aber all diese Tüchtigkeit (Tugend) soll er wieder mit vollen Händen austreten: „Unersättlich trachte eure Seele nach Schätzen und Kleinodien, weil eure Tugend unersättlich ist im Verschleßen — Wollen. Ihr zwingt alle Dinge zu euch und in euch, daß sie aus eurem Born zurückströmen sollen als die Gaben eurer Liebe.“ Der tüchtige, kraftbewusste Mensch, dessen starke Persönlichkeit aus der Menge hervorragt, soll der Sonne gleichen, die ihr Sonnengold und ihre Wärme über die ganze Menschheit austretet: „Der Sonne lernte ich das ab, wenn sie hinabgeht, die Ueberreiche. Gold schüttet sie da ins Meer aus unerschöpflichem Reichthum, aber daß auch der ärmste Fischer noch mit goldenem Ueber rudert. Dies nämlich sah ich einst und wurde der Tränen nicht satt im Jubeln.“

In diesen Worten des großen, vielgeschmähten Philosophen scheint die Lösung des schwierigen Problems enthalten zu sein, das uns hier beschäftigt. Der Mensch soll eine starke Persönlichkeit werden, aber er soll seine Kraft und sein Wollen in den Dienst der Allgemeinheit stellen; aus eigener Entschließung soll er seinem freien Willen Schranken ziehen, weil er fremdes Wohl und fremdes Glück achtet. Nicht in der schrankenlosen Freiheit des Willens findet der sozial empfindende Mensch seine Befriedigung, sondern in der organischen Freiheit, die die vielen einzelnen Willensrichtungen zusammenfaßt zu einem Kollektivwillen, einem gemeinsamen Vorwärtsschreiten auf der Bahn der Entwicklung. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, gewinnt der Organisationsgedanke eine neue, überraschende Bedeutung. Die Organisation fordert von jedem Mitgliede in gewisser Beziehung eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. In einer Organisation muß Disziplin herrschen, weil sonst der Zweck des Zusammenschlusses illusorisch würde; denn gerade in der Disziplin, in der Richtung des Gesamtwillens auf einen Punkt, liegt die Stärke einer jeden Organisation.

Betrachten wir nun eine moderne Gewerkschaft. Ein jedes Mitglied muß einen Teil seiner Willensfreiheit der sozialen Notwendigkeit zum Opfer bringen; es muß sich in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen den Beschlüssen der Majorität unterordnen, weil nur auf diese Weise eine Aufwärtsentwicklung möglich ist. Aber dadurch wird eine Gewerkschaft nicht zu einem Grabe der persönlichen Freiheit, wie anaristische Phrasendrescher behaupten, im Gegenteil, erst durch seine Gewerkschaft wird der Arbeiter ein freier Mann. Durch die Rückenstärkung, die er an seinen Kollegen hat, kann er dem Unternehmer als gleichberechtigte Partei gegenübertreten. Solange der Arbeiter schmeibbar ein freier Mann ist, der sich nicht dem Zwange der Gewerkschaft unterwirft, solange ist er ein Sklave des Kapitals, ein Spielball in der Hand seines Ausbeuters; aber dadurch, daß er seinen eigenen Willen dem Willen der Gewerkschaft unterordnet, wird er erst wirklich und wahrhaft frei und kann seine Sklavenketten abstreifen. Wo war denn die vielgerühmte Freiheit des Arbeitsvertrages, als der einzelne Arbeiter, durch keine Koalition gebunden, mit dem Unternehmer im Wege der freien Vereinbarung die Lohn- und Arbeitsbedingungen feststellte? War es nicht ein Hohn, damals von einem freien Arbeitsvertrage

zu reden? Aber heute, da der freie Einzelvertrag durch einen Kollektivarbeitsvertrag ersetzt ist, heute hat der organisierte Arbeiter die freie Vertragschließung wiedergewonnen. Diese innere Dialektik des Wirtschaftslebens spiegelt das eigenartige Verhältnis zwischen Willensfreiheit und sozialer Notwendigkeit deutlich wider.

Natürlich ist die Beschränkung des freien Willens zur Erreichung sozialer Zwecke nicht als eine Erötigung der Willensfreiheit gedacht. Wie die Freiheit des Menschen Schranken hat, die gezogen werden durch fremdes Interesse, so hat die Unterordnung des Willens unter einen Kollektivwillen ebenfalls Schranken, die gezogen werden durch sein eigenes Interesse. Nur insoweit soll das Individuum auf die Durchsetzung des eigenen Willens Verzicht leisten, inwieweit das Wohl der Gruppe in Frage kommt. Das will also besagen: nur in wichtigen Dingen, die das Wesen einer Organisation berühren, wird die straffe Disziplin zu einer unabweisbaren Pflicht, in allen andern Dingen aber muß Freiheit herrschen. In geistigen Fragen muß Denkfreiheit und freie Meinungsäußerung walten, in tatsächlichen Fragen dagegen ist die Unterordnung des einzelnen unter die Majorität unumgänglich notwendig. Wie dies ein alter Spruch ausdrückt: „In notwendigen Dingen Einigkeit, in zweifelhaften Freiheit, in allen Dingen aber Wahrheit und Liebe!“ Wer es versteht, als überzeugter Sozialist ein starker Individualist zu bleiben, der hat an seinem Teil das Problem gelöst, das die Menschheit seit Jahrtausenden beschäftigt, das Problem: die schrankenlose Freiheit durch eine organische Freiheit und den Individualismus durch den Sozialindividualismus zu ersetzen.

Wirtschaftslage und Aussperrung.

Durch die Aussperrung im Baugewerbe, die nicht nur für eine große Anzahl Bauarbeiter, sondern auch für Angehörige anderer Berufsgruppen lange Arbeitslosigkeit mit sich brachte und durch die ungeheure wirtschaftliche Werte vernichtet wurden, wurde die allgemeine Befundung des Wirtschaftslebens noch einmal gewalttätig unterbrochen, ja sogar zurückgeworfen. Es ist ganz natürlich, daß, wenn einige Hunderttausende Arbeiter monatelang nichts verdienen und kaum die Hälfte ihrer sonst üblichen Ausgaben dem Konsum zutommen lassen können, notwendigerweise der Absatz stoden und die Produktion eingeschränkt werden muß. Die Kapitalisten produzieren ja nicht, um zu produzieren und um Arbeiter zu beschäftigen, sondern um ihre Waren verkaufen und Profite erzielen zu können. Wenn sie das nicht können, dann hat von ihrem Standpunkt aus das Produzieren keinen Wert und muß so lange eingeschränkt werden, bis wieder die notwendigen Profite gemacht werden können. Nun gehört ja zum Warenkaufen Geld, und wenn hunderteausende Arbeiter durch eine Aussperrung arbeitslos gemacht und um ihre Entnahmen gebracht werden, dann fehlt ihnen das Geld, durch das allein sie den Warenmarkt entlasten und die Produktion zu neuer Tätigkeit antreiben können. Die Folgen davon sind dann ein schlechter Geschäftsgang und endlose Klagen der Geschäftsleute und Kapitalisten, nicht zuletzt derjenigen, die den schlechtesten Geschäftsgang durch die Schwächung der Konsumkraft des Volkes mit verschuldet haben, wie das die Bauunternehmer durch ihre letzte Aussperrung taten.

Nach der Aussperrung findet man zahlreiche dergleichen Klagen, die zeigen, daß die auf die Beendigung der Aussperrung gesetzten Hoffnungen enttäuscht worden sind. So sagt die „Baugewerks-Zeitung“ in einem „zur Wirtschaftslage“ überschriebenen Artikel, ein Rückblick auf die erste Hälfte des Wirtschaftsjahres 1910 vermöge nur in geringem Maße mit Befriedigung zu erfüllen; denn die großen Hoffnungen auf den Aufschwung, den dieses Jahr bringen sollte, hätten bei weitem nicht

ihre Verwirklichung gefunden. Das wirtschaftliche Barometer habe im Verlauf des letzten Halbjahres sein anfängliches Steigen nach und nach verlangsamt, es sei schließlich zum Stillstand gekommen und in den letzten Wochen sogar etwas gefallen, weshalb auch die Unzufriedenheit mit der Geschäftslage in vielen Erwerbszweigen wieder größer geworden sei. Zwar gelte die Beschäftigung im allgemeinen noch als zufriedenstellend, aber die erzielten Preise ließen andauernd zu wünschen übrig und der erzielte Nutzen ließe durchweg in großem Mibverhältnis zum Umsatz. Das Blatt weist auch ganz richtig auf die Ursache dieser Tatsachen hin.

„Dieser Mangel“, schreibt es, „der sich natürlich im Kleinergewerbe ganz besonders unangenehm fühlbar macht, spricht deutlich dafür, daß der Konsum sich durch aus nicht in einem wenigstens annähernd gleichen Maße gehoben hat wie die Erzeugung, die noch bis in die letzte Zeit hinein ihre steigende Richtung beibehalten hat mit der unvorteilhaften Wirkung, daß sich der Absatz nur zu gebürdet, wenig lobenden Preisen und selbst dann auch nur durch eine Vermehrung der Absatzermöglichten läßt.“

So ist es: der Konsum hat sich weit weniger gehoben als die Erzeugung an Waren, und er konnte sich deshalb nicht in gleichem Maße heben, weil sich nicht nur Hunderte, tausende ausgeperrter Bauarbeiter, sondern auch zahlreiche andere, die ihre kämpfenden Brüder unterstützen mußten, ja selbst zahlreiche Bauunternehmer sowie in Mitleidenschaft gezogene berufstreuende Arbeiter als Konsumenten, die große Zurückhaltung auferlegen mußten. Die „Baugewerks-Zeitung“ sieht anscheinend diese Tatsache auch ein, denn sie schreibt:

„Im übrigen hat das gesamte Wirtschaftsleben fortgesetzt in hohem Maße darunter zu leiden, daß gerade das Baugeschäft in Deutschland in diesem Jahre den überall zuversichtlich erwarteten, durchgreifenden Aufschwung nahezu ganz vermissen läßt. . . Abgesehen von den mannigfachen Steuer- und sonstigen gesetzlichen Eingriffen, hat auch die Bauarbeiterkrise in hohem Maße hemmend eingewirkt.“

Wenn von manchen Seiten erwartet wurde, die Besserung des Geschäftsganges werde sofort mit der Aufhebung der Ausperrung einjessen, so ist eben nicht berücksichtigt worden, daß die schädlichen Wirkungen einer monatelangen Massenausperrung nicht mit der Aufhebung der Ausperrung enden können, sondern sich in ganz natürlicher Weise noch längere Zeit fühlbar machen müssen, ja sich zunächst sogar noch steigern können. Die Kaufkraft der ausgeperrt gewesenen Arbeitermassen hebt sich eben nur langsam, um so mehr, da beim letzten Kampf eine Arbeiterkategorie in Frage kam, die bei Aufnahme der Arbeit nicht nur an die Tilgung der während der Ausperrung entstandenen Schulden, sondern auch — soweit dies überhaupt möglich ist — an finanzielle Rücklagen für den bevorstehenden Winter denken mußte. Dazu kommt, daß der Warenvorrat durch die lange und gewalttätige Zurückhaltung des Konjunks immer noch größer ist als die Kaufkraft, was zur Folge hat, daß sich die auf der Profitmaximierung beruhende Produktion noch nicht in wünschenswerter Weise entsalten kann.

Übrigens scheint sich die Geschäftslage in den letzten Wochen doch schon bedeutend gebessert zu haben; wenigstens berichtet die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ von einer starken Steigerung des Beschäftigungsgrades. Nach monatelangem Hin- und Herbewandern der Tendenz des gewerblichen Beschäftigungsgrades hat sich am Schlusse des ersten Semesters eine so durchgreifende Besserung eingestellt, daß der Ausblick in die nächste Zukunft bedeutend freundlicher ist als noch

vor wenigen Wochen. Ganz unerwartet hat die Zahl der Beschäftigten im Juni eine Zunahme erfahren, unerwartet deshalb, weil um diese Zeit fast regelmäßig ein Rückgang der Beschäftigten zu erfolgen pflegt. In den Jahren 1908 bis 1909 war dies wenigstens stets der Fall gewesen, und das laufende Jahr macht seit sieben Jahren zum erstenmal eine Ausnahme von der Regel. Seht man für den Juni 1907 als gewerblich Beschäftigte die Zahl der Arbeiterkräfte ein, die durch die damalige Erwerbsbegünstigung in Industrie, Handel und Verkehr ermittelt wurden, so stellte sich unter Berücksichtigung der monatlichen prozentualen Zuwachs- und Abnahmegeraten die Zahl der Beschäftigten am 1. Juli 1909 schätzungsweise auf 10 771 708 Köpfe und am 1. Juli d. S. auf 11 102 135 Köpfe. Es sind also, nach der Bewegung der Beschäftigtenziffer im letzten Jahre zu schließen, Ende des ersten Semesters etwa 3 00 000 Menschen mehr beschäftigt als im vorigen Jahre. Ob diese Zunahme nun der Bevölkerungszunahme völlig entsprechend ist, darüber können die Ansichten geteilt sein, obwohl nach dem Verhältnis der Gesamtbeschäftigtenziffer zur Gesamtbevölkerung zu schließen, nur zirka 27 bis 28 pSt. des jährlichen Zuwachses vom Gewerbe aufgenommen zu werden brauchen, d. h. zirka 250 000 Menschen, jedenfalls ist eine starke Zunahme der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr zu konstatieren. Sonach haben sich die vielen Befürchtungen, die in die Weiterentwicklung der aufsteigenden Konjunktur gestellt wurden, im ersten Halbjahr nicht verwirklicht. Es ist auch nach allem wahrheitsgemäß, daß im zweiten Halbjahr die Tendenz des gewerblichen Beschäftigungsgrades weiter und kräftiger als im ersten Halbjahr aufwärts zeigen wird.“

Was weiter zur Steigerung der Produktion und somit zur Besserung der Geschäftslage führen kann, das ist, wie die „Baugewerks-Zeitung“ ganz richtig andeutet, die Steigerung des Konjunks. Obwohl nun die Steigerung des Konjunks nur möglich ist, wenn das Einkommen der großen Volksmassen eine Vermehrung der Ausgaben für Waren und Lebensmittel erlaubt, berichtet die „Baugewerks-Zeitung“, fernerbarerweise gleich im Anschluß an ihre vernünftigen Ausführungen von den Klagen über die hohen Arbeitslöhne und demonstriert damit in wenigen Sätzen den Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise: Das Kapital muß, wenn es Profite machen will, produzieren. Es kann um so mehr produzieren und um so größere Profite machen, je größer die Konjunktur und das Bedürfnis der großen Volksmassen ist, weshalb es selbst das größte Interesse an der Stärkung der Konjunktur des Volkes hat. Aber die Konjunktur des Volkes läßt sich in der Hauptsache nur durch die Erhöhung der Arbeitslöhne steigern, von der die Kapitalisten wieder eine Schmälerung ihrer Profite befürchten. Im hohe Profite erzielen zu können; suchen deshalb die Kapitalisten die Arbeitslöhne möglichst zu drücken, wodurch sie selbstverständlich die Konjunktur des Volkes wieder schwächen und auf die Einschränkung der Produktion hinarbeiten. Der Profit ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Pol, um den sich alles dreht. Wird der Profit der Kapitalisten durch die Steigerung der Produktion größer, so wird die Produktion gesteigert; winkt bei der Einschränkung der Produktion größerer Profit, so wird die Produktion eingeschränkt. Nichts auf die Volksmassen kennt der Kapitalismus nur insoweit, als dabei zu profitieren ist. Klagen immerhin, wie jetzt, die in den Lagern liegenden Waren auf Abnehmer warten, und mögen immerhin unglückliche Menschen das Bedürfnis haben, diese Waren zu konsumieren und neue zu erzeugen: das Profitinteresse der Kapitalisten

läßt die rasche Konsumtion dieser und die Erzeugung neuer Waren nicht zu. Daß dabei Menschen, die gern arbeiten und Waren erzeugen wollten, dies nicht dürfen und hungern müssen, kümmert die Kapitalisten nicht im mindesten, wenn nur der Profit nicht darunter leidet.

Für die Arbeiter ergibt sich aus diesen schismen Tatsachen die Pflicht, mit allen Kräften für die Umgestaltung einer Gesellschaftsordnung zu wirken, in der solche Zustände möglich, ja, zum Bestehen dieser Gesellschaftsordnung geradezu notwendig sind.

Politische Umschau.

Einiges über die Reichstagswahl im Kreise Cannstatt-Ludwigsburg. — Die Sozialdemokratie marschiert. — Eine agrarische Blamage. — Die Preisliste gehen in die Höhe; unsere Geldten und Bekten. — Die unheilvollen Wirkungen der Schnapsblödsinnigkeit.

Der Ausfall der Reichstagswahl im Kreise Cannstatt-Ludwigsburg, die, wie wir noch in voriger Nummer unseres Blattes berichten konnten, wiederum einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie ergeben hat, ist den bürgerlichen Parteien, wie die Aufregungen ihrer Blätter beweisen, völlig überraschend gekommen. Wohl hatte man erwartet, daß auch bei dieser Wahl wieder die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen steigen werde; vielleicht hat man teilweise selbst mit einem sozialdemokratischen Siege gerechnet; aber daran, daß der sozialdemokratische Kandidat gleich im ersten Wahlgange seine Gegner um über 4000 Stimmen überflügeln würde, hat man nicht gedacht, und es dürfte selbst in den Kreisen der Sozialdemokratie auf eine solche Majorität nicht gerechnet worden sein. Um so freudiger konnte denn das Wahlergebn begrüßt werden.

Auffallend ist der starke Rückgang der Wahlbeteiligung; etwa 15 pSt. der Wähler, die 1907 ihrer Wahlpflicht genügten, sind diesmal zu Hause geblieben. Die Sozialdemokraten haben einen Stimmenzuwachs von 3200 zu verzeichnen, ihnen also sind die Wähler nicht ausgeblieben, wohl aber den bürgerlichen Parteien. In diesem Rückgang der Stimmen drückt sich offenbar die Enttäufung liberaler Wähler über die Entwicklung seit der letzten Wahl und namentlich über die Haltung der Nationalliberalen aus. Und alle Verlegenheitsausflüchte der bürgerlichen Presse, wie die, daß sich unter den sozialdemokratischen Stimmen viele „Mittläufer“ befinden, daß die Wahl nur als „Verärgertes Produkt“ betrachtet werden dürfe usw., schaffen nicht die Tatsache aus der Welt, daß das Veritaen großer Wählermassen zu den bürgerlichen Parteien klar erschüttert ist. Das beweist nicht nur diese eine Wahl, das erweist sich seit den Tagen des Juli vorigen Jahres, den Tagen der Durchführung der Reichsfinanzreform. Seitdem hat die Sozialdemokratie sieben Mandate gewonnen, und zwar meist in Wahlkreisen, die sie nie besessen. Überall zeigte sich ein beträchtliches Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, während gleichzeitig die Stimmenzahl der Gegner zurückging. Es geht vorwärts mit der guten Sache des arbeitenden Volkes, mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß unter allen politischen Parteien nur noch eine ist, die, getragen von den in hoffnungsvoller Erkenntnis wachenden idealen Prinzipien und Ideen wahrhaftiger Volkserhebung und Menschheitswürde, unbeschädigt, unverrückbar und zielbewußt eintritt für die Interessen und Bedürfnisse des arbeitenden Volkes; die Sozialdemokratie. Die „niedergerittene“ Sozialdemokratie beweist dabei eine ihren Gegnern geradezu unheimliche Lebensfähigkeit, und mit Chancen mögen diese an die kommenden allgemeinen Reichstagswahlen denken. Wie diese Wahlen ausfallen werden, das ist bereits heute mit einiger Sicherheit vorauszusagen: die „rote Flut“ wird mächtig fließen. Und mögen die Gegner unter An-

Brüssel und seine Weltausstellung.

Plandereien von Ad. Z.

IV.

Nahrungs- und Genußmittel.

Es ist eine appetitliche Sache, den Abteilungen einen Besuch abzustatten, in denen Schokolade, Zuckerkuchen oder feine Backwaren hergestellt werden. Für fünf, oder zehn Centimes (4 oder 8 s) gibt es da überall Proben zu kaufen. Auch wer sich sonst nichts aus süßem Zeug macht, magst hier gern einmal. Frankreich und Belgien sind anscheinend auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfabrikation am weitesten fortgeschritten. Wie sehr sich aber auch in Deutschland die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel entwickelt hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß 1892 nur knapp 745 000 Personen darin beschäftigt waren, während 1907 rund 1 845 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt wurden. Davon entfielen rund 800 000 auf die Herstellung pflanzlicher Nahrungsmittel, 300 000 auf die Gewinnung tierischer Nahrungsmittel, 25 000 auf die Konfektfabrikation, 210 000 auf die Getränkebereitung und ebensoviel auf die Tabakfabrikation.

Wadmaschinen in Betrieb hat Deutschland nicht ausgestellt. Um sie zu sehen, muß man die belgische oder die französische Abteilung besuchen. Da kann man finden, wie es möglich ist, daß von der Einschüttung des Wehles an bis zum Herausziehen des fertigen Brotes fast keine Hand an das Wehl oder den Teig kommt. Alles macht die Maschine in einem ununterbrochenen Produktionsprozeß. Schweizereten, wie sie beim Handbetrieb oft genug vorgekommen und durch Gerichtsverhandlungen aufgebedet worden sind,

können somit nach dem heutigen Stande der Technik bequem vermieden werden. Allerdings vermag sich der Kleinbetrieb die Fortschritte der Technik nicht im vollen Umfang gunzue zu machen. Immer wieder drängt sich deshalb bei Betrachtung der technischen Errungenschaften der Gedanke auf, wie wohl sich bei der sozialistischen Struktur der Gesellschaft die Menschheit befinden wird, weil dann nicht mehr das Profitinteresse und die Kapitalstärke des Unternehmers für Gestaltung der Arbeitsverhältnisse entscheidend sind, sondern die Gesellschaft in der Lage sein wird, die technischen Fortschritte schnell überall einzuführen und sie den Arbeitern wie den Konsumenten zugute kommen zu lassen.

Was an Weinen, Likören, Fruchtweinen, Champagner und sonstigen alkoholhaltigen Getränken von Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Ungarn und Deutschland ausgestellt ist, mag hübsch, aber bestiges Sehen in allen denen erwecken, die einen guten Trunk als wichtigste Lebensarbeit betrachten. Doch auch die Alkoholgegner kommen auf ihre Rechnung; denn an alkoholfreien Getränken ist kein Mangel. Nur muß mit Bestimmtheit gemeldet werden, daß die alkoholfreien Flaschenpyramiden, so künstlich und verlockend sie auch aufgebaut worden sind, bei weitem nicht die Anziehungskraft ausüben, wie die Probierstände für Weine und Liköre, an denen schon für 15 oder 25 Centimes ein Glas Wein, für 40 Centimes ein Glas Champagner oder Chartreuse erhältlich ist. Gar mancher hoch sich hier ein Wehlein auf, ohne daß es's will. Und wer's nicht rechtzeitig merkt und zu „probieren“ aufhört, bringt einen wohltaugengeschlagenen Affen mit nach Hause, dessen bekannte Umwandlung in einen Kater dann vor sich geht, gleichviel, ob das Wehlein französisch,

italienisch, spanisch, griechisch oder deutsches Ursprungs war.

Prattisch hat Deutschland die Versorgung der Ausstellungsbesucher mit Nahrungsmitteln dadurch in die Hand genommen, daß viele der größten Restaurants sich unter deutscher Leitung befinden. Deutschsprachige Kellner und Kellnerinnen sind fast in jedem Restaurant zu treffen. Mäandner und Dorfunder Wiere kombinieren. Manie ist der Inbegriff für alle dunklen Biere, während unter dem Namen „Boc“ die hellen Biere verkauft werden.

Die Preise für gutes Mäandner Bier sind verhältnismäßig billig. Man zahlt in der Ausstellung für ein halbes Liter edltes bayrisches Bier — auch Erlanger, Nürnberger, Bamberger usw. läuft unter dem Namen „Mäandner“ — 35 bis 50 Centimes (28 bis 40 s). Auch die Preise für Speisen halten sich meist in mäßigen Grenzen. Für 80 s bis 1,20 bekommt man fast überall ein gutes Stück Fleisch oder Braten. In der Stadt ist die Preislage in vielen und guten Restaurants sogar noch niedriger. Eine Unvergleichlichkeit haben allerdings die deutschen Restaureure hier beibehalten: keiner zahlt den Kellnern oder Kellnerinnen einer Fennig Lohn. Das bedienende Personal ist vollständig auf die Kringselber angewiesen. Solange der Besuch eines Restaurants stark ist, mag das keine allzu schlimme Folgen für das Personal haben; denn in der Regel gibt jeder 10, 15 oder noch mehr Centimes Trinkgeld. Hat jedoch ein Restaurant keinen starken Besuch aufzuweisen, so stehen die armen Leihse von Kellnern und Kellnerinnen da und sind dem Glend hilflos ausgeliebt. Verlassen sie die Stellung, so ist ihre Kauktion verfallen; bleiben sie da, so müssen sie die letzten bischen aufessen. Es kann auch nicht als Entschuldigun-

Spannung aller Kräfte den Kampf führen — sie werden es nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen trotz im Parlament wie hinsichtlich ihrer Stimmengahl eine gewaltige Stärkung erfährt.

Eine fürchterliche Blamage haben unsere Agrarier erlebt. Englische Blätter wußten vor einigen Wochen zu berichten, die aus Deutschland zur Internationalen Landwirtschaftsausstellung nach Buenos Aires gefandten Rinder wären dort als stark tuberkulös befunden und deshalb sofort nach Hamburg zurückgeschickt worden. Von agrarischen Blättern wurde diese Meldung bestritten und als ein faules englisches Konkurrenzmanöver hingestellt. Tatsächlich scheint jedoch die damalige Meldung völlig richtig gewesen zu sein; das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichte dieser Tage die Mitteilung, daß das von der Internationalen Landwirtschaftlichen Ausstellung in Buenos Aires als verjüdet zurückgewiesene deutsche Vieh in Hamburg wieder eingetroffen sei. Schätzungsweise wurde bei 60 bis 70 pZt. der Tiere ganz stark vorgeschrittene Tuberkulose festgestellt. Die Krankheit zeigte sich teilweise in einem so vorgeschrittenen Stadium, daß man annehmen muß, daß trotz der Untersuchungen bereits Kranke Tiere zur Verächtigung nach Argentinien gekommen sind.

Landwirtschaftliche Ausstellungen besetzt man bekanntlich mit dem auserlesenen besten Vieh, und nun stellt sich heraus, daß dieses auserlesene Vieh höchst tuberkulös ist! Und diese unerhörte Blamage verbannt die deutsche Viehzucht jenen „Besten und Besten der Nation“, die um des Profits willen alles ausländische Vieh vom deutschen Markte fernhalten möchten, da angeblich das deutsche „absolut gesunde“ Vieh durch das „verjüdet“, holländische, dänische und schweizerische Vieh infiziert werde, — die sich nicht entblenden, in rücksichtsloser Weise die strengste Spernung aller Grenzen zu fordern, um dann ganz nach Belieben die Viehpreise „regulieren“ und dem deutschen Volke für den Boden Fleisch unerschwingliche Preise diktieren zu können.

Den Herren Junkern ist diese Blamage von Herzen zu gönnen. Aber sie besitzen die nötige Unberührbarkeit, sich darüber mit Grazie hinwegzusetzen. Es sollte uns gar nicht wundern, wenn sie diesen Vorfall sogar noch für ihre Zwecke auszunutzen beabsichtigen, indem sie erklären: Da sehr Ihr, wie recht wir mit unserer Forderung der Grenzsperrung haben; das ausländische Vieh hat unser deutsches Vieh verjüdet; im Interesse der deutschen Viehzucht darf ausländisches Vieh überhaupt nicht mehr nach Deutschland herein! — Freue dich, deutsches Volk, dieser „Blüte der Nation“!

Table with 4 columns: Year, Berlin, Hamburg, München. Rows for years 1901-1910.

Der jetzige Preis übertrifft mithin den aller früheren Jahre beträchtlich. Ueber die Ursache dieser enormen Steigerung äußerte sich kürzlich der Vorsitzende der Berliner Fleischgenossenschaft. Er erwidert diese Ursache darin, daß ausländisches Vieh überhaupt nicht oder nur unter sehr erschwerenden Umständen nach Deutschland eingeführt werden kann. 95 pZt. des zum Verkauf gelangenden Viehes seien nicht einmal schlachtreif; es sei kein Saft und keine Kraft im Fleisch, künstlich aufgeschwemmt, ohne Mark und Kern. — Daß die Grenze wegen „Seuchengefahr“ nicht geöffnet werde, preise der Fleischer seien derart hoch, daß Hunderte von

werden Krone, sei einfach nicht wahr. — Die Einfuhrkleinen, Fleischmeister in Berlin ruiniert werden und ihr Geschäft aufgeben oder den Konkurs beantragen müssen. — Bei den Verkäufen, bei der Regierung eine Befreiung der Grenzsperrung zu erlangen, ist die Berliner Fleischgenossenschaft stets als Schlächter besichtigt worden.

Das ist kaum anders zu erwarten; hat die Regierung doch oft genug hinlänglich bewiesen, daß sie es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Agrariern Wucherprofite zu sichern. Rücksichten auf das Volkwohl gibt es da nicht. Bürgerliche Blätter nehmen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die mangelhafte Fleischversorgung eine Gefahr für die Wehrfähigkeit der Armee bedeute. Die Ernährung des stehenden Heeres leidet unter der übermäßigen Höhe der Fleischpreise, außerdem wird der Heeresertrag durch eine ungenügende Volksernährung schwer beeinträchtigt. Das ist durchaus richtig, und wenn die Agrarier wirklich die guten Patrioten, die „Schüler von Aron und Altar“ wären, als die sie sich ständig ausgeben, so müßten sie — da doch ihrer Meinung nach ein stehendes Heer für Aufrechterhaltung unserer „göttlichen Weltordnung“ unerlässlich ist — um der Nation und ihrer Wehrfähigkeit willen unter Hintanhaltung aller persönlichen Interessen normale und für das arbeitende Volk erschwingliche Fleischpreise anstreben. Diese persönlichen Interessen aber sind der Punkt, um den sich bei diesen Leuten alles dreht. Ihr „Patriotismus“ hört da auf, wo die persönlichen Interessen, das heißt, die erbärmlichste und schmutzigste Profitgier, beginnen. Die Opfer, die der Staat ihnen bringen soll und muß, können niemals groß genug sein; wehe aber, wenn einmal die Regierung es wagt, unter Anrufung des „Patriotismus“ dieser Herren ihnen zuzumuten, in Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit ihrer Begehrlichkeit Bügel anzulegen! Dann werden sie rabiat und drohen — wie wir es in Deutschland ja schon erlebt haben — „unter die Sozialdemokraten zu gehen“. — Man kann im Zweifel darüber sein, was verächtlicher ist: das mittelalterliche Straußrittertum der erlauchten Vorfahren dieser Herren oder die moderne junkerliche Volkspöterei mit Hilfe der Gesetzgebung!

Ueber die Folgen der Schnapshöckpolitik liegt wieder einmal eine beachtliche Ausbeugung vor. Der Verein der deutschen Zündholzfabrikanten nahm in einer außerordentlichen Generalversammlung eine Resolution an, in der die Regierung und die Volksvertretung auf die ungeheure Notlage aufmerksam gemacht werden, unter der die gesamte Zündholzindustrie Deutschlands seit Inkrafttreten des Steuergesetzes leidet. Ein großer Teil von Fabriken, so heißt es in der Resolution, mußte den Betrieb gänzlich einstellen, andere arbeiten unter großen Verlusten mit der Hälfte oder dem Drittel ihrer Produktionsfähigkeit. Tausende von Arbeitern sind brotlos gemacht oder im Verdienst wesentlich geschwächt.

Die Versammlung beschloß, eine Kommission zu wählen, die den maßgebenden Stellen geeignete Vorschläge unterbreiten soll, um den geschädigten Fabrikanten und Arbeitern Hilfe zu bringen.

Wird diese Kommission wie zurzeit in der Tabakindustrie! Das Unheil unserer Steuerpolitik tritt immer tiefer und in immer größerem Umfange hervor. Arbeitslosigkeit, Not und Elend unter den Arbeitern, schwere Schädigungen, wenn nicht gar allmähliches Verbluten ganzer Industrien, die aus solchen Verhältnissen mit Notwendigkeit resultierende Verminderung der Konsumfähigkeit der Nation — das sind die Folgen dieser Steuerpolitik, denen sich dann noch die trostlose Aussicht auf neue Militärlasten und somit weitere Steuern beigesellt. Die Zukunft Deutschlands ist, wenn nicht — wozu aber gar keine Aussicht vorhanden — sehr bald ein Wandel eintritt, eine traurige — sie begreift sich in dem einen Wort: Bankrott!

Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Deutschland: Maurer: Anklam (Differenzen), Bobra-Rotenburg (Streik), Bramsche (Streik).

- Babitz (Aussperrung), Buxtehude (Sperrung über Spark und Plüschke), Darmstadt (Sperrung über Val. Hofmann in Griesheim), Dorfen b. Mühldorf (Differenzen), Erin b. Bromberg (Streik), Helmbröchtel b. Hof (Streik), Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bantzen in Fuhlshüttel), Ortrand (Streik), Pansa b. Plauen (Streik), Podelsch (Sperrung über Rich. Kleinke und Wald. Berg in Podelsch, Herm. Koch in Finkenwalde, Albert Kökelmann in Klütz und Aug. Saack in Retzowfeld), Stassfurt (Sperrung über H. Schmidt in Förderstedt), Isolierer und Steinholzleger: Aachen (Sperrung über Schletter & Baum), Dresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich: Serajewo, Goding, Hallein, Klattau, Liebenstein, Schwöchat, Strakonitz, Weisswasser.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Emden, Oldenburg und Vegesack haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt. Arbeitslegenheit: In den Zweigvereinsgebieten Wilhelm-Oberhausen, Bochum und Udenkirk ist der Bezug guter Verbandskollegen erwünscht. Arbeit wird in Oberhausen im Bureau, Wilmersfeld 70, in Bochum auf dem Bureau, Biemelkaufstr. 88a, nachgewiesen. Auch in Gelsenkirchen werden gute Maurer verlangt. Zurzeit werden sich vor Aufnahme der Arbeit im Bureau, Kaiserstr. 65/67, Der Zweigverein Sagen wünscht Bezug von 200 bis 300 guter Verbandskollegen, die sich vor Aufnahme der Arbeit auf dem Bureau, Kölnstr. 3 („Neue Welt“), zu melden haben.

Gan Breslau.

Aus Oberschlesien schreibt man uns: Nun haben sich auch in Oberschlesien die Bogen gelätet, und der Aufruhr unter den Kollegen hat sich gelegt. Befanlich lehnten auch die obereschlesischen Kollegen den Schiedspruch ab, ja sie warteten erst gar nicht auf die Entscheidung des Verbandstages, sondern beschloßen zur selben Stunde die Fortführung des Kampfes und die Weiterführung der Streikunterstützung. Es wurden denn auch einzelne Sperrungen verhängt, und zwar in Beuthen, Kattowitz, Königshütte und Zabrze, die aber in den einzelnen Orten nicht den gewünschten Erfolg hatten. In Kattowitz kam es zu mehreren Einzelverträgen, während in Zabrze bei 15 Unternehmern ein neuer Vertrag durchgedrückt wurde. Dieser brachte eine sofortige Lohnerhöhung von 2 s, im nächsten Jahre wieder eine solche von 2 s und im dritten Jahre von 3 s. Rittlerweise wurden durch den Oberbürgermeister Rohlfmann-Kattowitz Verhandlungen in die Wege geleitet, die, wenn auch zu keinem befriedigenden, so doch immerhin zu einem annehmbaren Tarifabschluß führten. Dieser Tarif sieht auch eine zweimalige Zulage von 2 s vor, läßt jedoch die Frage für das dritte Jahr offen, und zwar soll das Zentralschiedsgericht entscheiden, ob als Grundlage der Lohnsteigerung der Lohn von 48 s oder 45 s maßgebend sein soll. Beide Parteien erklärten, sich dem Spruche des Schiedsgerichts fügen zu wollen. Die Mitgliedschaften der Unternehmer und Arbeiter in Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz und Königshütte erklärten sich mit dem Abschluß dieses Vertrages einverstanden. In Zabrze kostete es die Organisationsleiter schwere Mühe, um die Erregung zu dämpfen, und den Vertrag zur An-

gellen, daß in Belgien und in Frankreich es überall üblich ist, den Kellnern und Kellnerinnen keinen Lohn zu zahlen. In Brüssel gibt es sogar an den Boulevards Cafés, Restaurants, in denen jeder Kellner noch täglich Fr. 1 oder gar Fr. 1.50 dem Unternehmer zahlen muß, ehe er bedienen darf. Das deutsche Ausstellungs Komitee, dessen Ansicht im übrigen anzuerkennen ist, hätte eine wirkliche Kulturart vollbracht, wenn es mit den deutschen Restaurateuren auch Vereinbarungen über die Entlohnung des Personals getroffen hätte. Doch daran hat wohl keiner der Herren gedacht. Es sind ja nur Proletarier, denen man alles bieten darf.

Feinmechanik und Kunstgewerbe. Auch in der Präzisionsmechanik, Optik und Elektrotechnik hat Deutschland im letzten Menschenalter Fortschritte gemacht, die kaum zu übersehen sind. Bahndreherdes hat darin der vor fünf Jahren verstorbene Direktor der Zeisswerke in Jena, Abbe, geleistet. Mitte der achtziger Jahre verband sich Abbe mit Otto Schott, der in seinem Glaswerk nicht nur die feinsten Glasmasse für optische Instrumente und chemische Apparate erzeugte, sondern auch im Glas schiff Neuerungen erfand, die den deutschen optischen Instrumenten einen Welt Ruf erwarben. Bedenkt man, daß die Produkte der Feinmechanik und Optik immerhin keine Gegenstände des Massenverbrauchs sein können, so spricht die Tatsache, daß Deutschland jetzt jährlich für 55 Millionen Mark Artikel dieser Art nach dem Auslande absetzt, am besten für die Güte und Verfeinerung der deutschen Ware. Auch England und Frankreich haben reichhaltige und wertvolle Kollektionen auf dem Gebiete der Optik und der Präzisionsmechanik ausgestellt, und man müßte

Spezialist sein, um entscheiden zu können, wer die vorzüglichsten Leistungen aufzuweisen hat.

Eine besondere Art der Feinmechanik bilden die chirurgischen Instrumente, in deren Herstellung Deutschland in den letzten Jahrzehnten allen andern den Rang abgelaufen hat. 24 deutsche Firmen haben nach Brüssel ihre chirurgischen Instrumente geliefert, und ein besonderer Operationsaal macht in der deutschen Abteilung den Besucher mit allen Hilfsmitteln bekannt, die zurzeit bei gewagten und leichteren Operationen zur Anwendung gelangen. Dem Kunstgewerbe aller Art ist noch auf seiner Ausstellung ein so breiter Raum gewidmet und so sorgfältige Aufmerksamkeit geschenkt worden wie in Brüssel. Nicht von Deutschland allein. Der moderne Stil, dessen Eigenartigkeit noch vor wenigen Jahren nicht dem angewöhnten Geschmack aller entsprach, hat sich überall und auf allen Gebieten durchgesetzt. Tapeten, Möbel, Gießereibau, Gartenanlagen, Kronleuchter, Sidererien, keramische Produkte — kurz, was man nur ansieht, ist im neuen Stile geschaffen. Manches mag abgeschmackt sein und als manieriert bezeichnet werden können, die Grundlinien des modernen Kunststils dürften trotzdem für lange Zeit beibehalten werden.

Eine völlige Umwälzung des früher gelassenen Geschmacks hat sich, anknüpfend an die Richtung des modernen Kunststils, im Kunstgewerbe vollzogen. Beschäftigte dieses Jahres in Deutschland nur 278 000 Personen in 89 915 Betrieben, so wurden 1907 in 45 429 Betrieben 433 000 Beschäftigte gezählt. Davon 134 000 im Buchdruck, 103 000 in der Papierfabrikation, 73 000 in der Weberei, 44 000 in der Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, 36 000 in der Stein-, Kupfer-, Stahl- und Zinnbearbeitung, 22 000 in den Zeitungs- und Expeditionen, 6400 in der Zyklographie, 15 000 in den

Chromolithographie und Kartographie. Die Bedeutung des deutschen Buchgewerbes auf dem Weltmarkt geht daraus hervor, daß 1908 aus Deutschland für 135 Millionen Mark ausgeführt, aber nur für 25 Millionen Mark Waren dieser Art eingeführt worden sind. Aber nicht nur fertige Produkte des Buchgewerbes liefert Deutschland dem Auslande in großer Menge, sondern auch für 24 Millionen Mark Maschinen, die dem Buchgewerbe dienen, sind 1908 von Deutschland dem Auslande verkauft worden.

Eng verwandt dem Buchgewerbe ist die Photographie. Die hohe Entwicklung der photomechanischen Verfahren, die Deutschland in den letzten Jahrzehnten zeigte, konnte nicht ohne bedeutenden und fördernden Einfluß auf die Photographie bleiben. Die Reproduktionstechnik ist denn auch eine so vielgestaltige geworden, daß man als Serie in vielen Fällen überhaupt nicht mehr entscheiden kann, nach welchem Verfahren ein vor uns stehendes Bild hergestellt worden ist. Das „Snippen“ ist zu einer so weit verbreiteten Fertigkeit geworden wie das Klavier spielen. Die Reproduktion photographischer Apparate hat ihren Hauptsitz in Dresden, das auf der Ausstellung auch in ungewöhnlich großem Umfange vertreten ist. Der Wert der in Deutschland hergestellten photographischen Apparate wird auf 18 bis 22 Millionen Mark geschätzt. Für über 10 Millionen Mark wurden 1908 nach dem Auslande verkauft, außerdem noch für 15 Millionen Mark photographisches, lichtempfindliches Papier.

Für den Kaufmann mag das Studium der Artikel des Buchgewerbes und der Photographie, die er auf der Ausstellung sieht, allein eine gute Woge in Anspruch nehmen. So reichhaltig und vielgestaltig ist, was von den in Betracht kommenden Ländern auf diesem Gebiete nach Brüssel gesandt worden ist.

nahme zu bringen. Schließlich wurde er aber doch mit überwältigender Majorität angenommen. Damit war die elfwöchige Lohnbewegung beendet.

Die getroffenen Vereinbarungen wurden bis jetzt jedoch nicht in zufriedenstellender Weise gehalten. Immer wieder versuchten einige widerpenstige Unternehmer, in der Lohn- und Arbeitszeitfrage aus der Reihe zu tanzen und den Vertrag zu durchbrechen. Um die Lohnfrage zu regeln, wurde nunmehr sämtliche oberösterreichischen Unternehmer das Verhandlungsprotokoll zugestellt. Die Arbeitszeitfrage läßt sich in anderer zufriedenstellender Weise regeln, da in dieser Frage den oberösterreichischen Kollegen eine Körperschaft zur Seite steht, von der es die wenigsten erwartet hätten, nämlich die Polizei. Allerdings erst nach schwerem Ringen, nach erfolgten Beschwerden an sämtliche oberen Instanzen, konnte man ihre Hilfe erlangen, und es ist ein erhebender Anblick, wenn man sie, die sich sonst so gut wie gar nicht um die Bauten kümmerte, nun von Bau zu Bau traben und kontrollieren sieht, ob etwa länger als für Arbeiterinnen gesetzlich zulässig ist, gearbeitet wird. Das Gesetz schreibt nämlich die zehnstündige und an Sonnabenden und Tagen vor Feiertagen die achtfundige Arbeitszeit vor. Im neuen Tarif wurde dies berücksichtigt. Man braucht also nur zu verlangen, daß die Arbeiterinnen die gesetzliche Arbeitszeit innehalten, dann kommt das übrige von selbst.

Ermahnt muß hier noch werden, daß gerade die sich mit ihrer „Arbeiterwohlfahrt“ rühmenden Hütten und Werke sich am längsten gegen die Einführung dieses Gesetzes gewehrt haben. Geradezu kläglich sieht es bei der bekannten Donnersmarthütte in Zagreb aus, die ihre Arbeiterinnen und unsere Kollegen noch heute täglich zehneinhalb Stunden beschäftigt. Während früher bei dem Vertrags- und Hüttenlohn eine Differenz von 1 bis 2 % vorhanden war, ist die Differenz heute 4 bis 5 %. Auch die Stundenlöhne der Arbeiterinnen sind niedriger als die ortsüblichen Löhne. Allerdings sind an diesen Verhältnissen die dort beschäftigten circa 200 Kollegen selbst schuld, weil sie es nicht für notwendig hielten, sich der Organisation anzuschließen. Da nun durch das Inkrafttreten des Gesetzes der Verdienst eines Hüttenmaurers durch den Ausfall einer halben Stunde geschmälert wird, liegt es an jenen Kollegen, diesen Verdienstausfall durch Erhöhung des Stundenlohnes wieder wett zu machen. Hoffen wir, daß sie zur richtigen Zeit zur Einsicht kommen. Noch ist es nicht zu spät.

A. St.

Gau Danzig.

Die Aussperrung ist im Gau Danzig ohne irgendwelche nennenswerten Störungen im allgemeinen am 16. Juni und in einigen wenigen Zweigvereinen ein paar Tage nach dem 16. Juni aufgehoben worden. Leider muß konstatiert werden, daß für einige Lohngebiete Tarife noch nicht zustande gekommen sind. Nachdem der Berliner Schiedspruch gefällt war, setzten bekanntlich die örtlichen Verhandlungen über örtliche Zusätze zum Tarifmuster ein, die in unserm Gau nicht ganz erfolglos waren. Es kamen Tarife zustande in Westpreußen für: Tuchel, Thorn, Strassburg und Marienburg. Diese Verhandlungen brachten unsern Kollegen eine größere Lohn-erhöhung, als der später zustandgekommene Dresdner Schiedspruch den übrigen Vereinen brachte. In Ostpreußen kam auf seiner Stelle vor dem Dresdner Schiedspruch irgend ein Vergleich, betreffend Lohnhöhe, zustande. Soweit Zweigvereine in den Provinzen Posen und Pomern zum Gau Danzig gehören, trifft das von Ostpreußen gesagte auch dort zu. Daß in Ostpreußen, Posen und Pomern durch freie Vereinbarungen vor dem Dresdner Schiedspruch keine Tarifverträge abgeschlossen werden konnten, ist wohl darauf zurückzuführen, daß diese Unternehmer wahrscheinlich annahmen, bei einem Schiedspruch besser zu fahren. Diese Kalkulation der Unternehmer traf auch zu für solche Lohngebiete, wo wir gute und starke Organisationen haben. Sie traf aber daneben in bezug auf eine Reihe kleinerer Orte, wo die Arbeitszeit noch über zehn Stunden beträgt und die Arbeitsverhältnisse überaus ungünstig für uns waren. Heute, nach der Bewegung, können wir es ja ruhig aussprechen, daß sich während der Aussperrung die Verhältnisse in einigen Orten für uns so ungünstig gestalteten, daß wir gezwungen gewesen wären, würden wir in diesen Orten getreift haben, den Kampf bedingungslos abzubrechen. Das merkten die Unternehmer natürlich auch, und deshalb rebellierten sie offen und verstickt gegen den Dresdner Schiedspruch. Als wir am 28. Juni in Königsberg für Allenstein, Wartenstein, Schippenbeil, Heilsberg, Staffenburg und Osterode verhandeln wollten, da erklärten die Unternehmervertreter, daß sie den Dresdner Schiedspruch nicht annehmen könnten. Die Unternehmer von Braunsberg gaben ihrer Aneignung in einem Brief an den Vorsitzenden des ostpreussischen Bezirksverbandes drastischen Ausdruck. Nach diesen Erklärungen der Unternehmer tat der Vorsitzende der Versammlung, der Unternehmer Kauffer, den vielgesagten Ausspruch: „Der Dresdner Schiedspruch ist unerhört“. Daß Herr Kauffer

mit diesem Ausspruch seine rebellierenden Mitglieder dem Dresdner Schiedspruch nicht geneigter machen konnte, war ihm wohl im Augenblick nicht ganz klar. Kurz, die Unternehmer standen auf und trugen ihren heimlichen Gefilden zu. Einige Tage darauf forberten wir den ostpreussischen Bezirksverbandsvorstand auf, seine widerspenstigen Zweigvereine zu veranlassen, den Schiedspruch anzuerkennen. Weiter richteten wir an die differtierenden Zwigsvereine der Unternehmer die Aufforderung zum Tarifabschluss, mit dem Erfolge, daß jene sich dazu bereit erklärten. Nur in Allenstein mußte zur Arbeitszeinstellung geschritten werden. Schwierigkeiten stellten sich noch ein beim Abschluß des Tarifs für Miel-Gehdekrug, Elkit und Ragnit. Aber auch hier sind die Schwierigkeiten überwunden und der Tarif abgeschlossen worden.

In Ostpreußen bestehen noch Differenzen in Königsberg, Braunsberg und Sensburg. In Königsberg ist die Arbeitszeit wöchentlich um eine Stunde verkürzt worden, wofür unsere Kollegen eine Erhöhung des Lohnes um 1 % fordern. Da es hierüber zur Einigung nicht kommen konnte, wurde das Einigungsamt zur Entscheidung angerufen. Dies erklärte sich aber als unzuständig. Darauf wurden die Differenzpunkte, die durch die Unternehmervertreter abschließend ohne einen erkennbaren Grund sehr vermehrt worden waren, an das noch nicht gebildete Zentralschiedsgericht nach Berlin gesandt. Dort liegen die Differenzpunkte noch, und wenn das Zentralschiedsgericht nicht bald gebildet wird, dann können sie schließlich bei dieser enormen Hitze noch sauer werden, so daß sie ungenießbar werden. In Braunsberg haben die Schlussverhandlungen noch nicht stattgefunden, weil man sich über den bisherigen Grundlohn nicht einigen kann. Daß in Sensburg noch kein Tarif abgeschlossen werden konnte, liegt an den dortigen Kollegen. Ueber die Hälfte ist aus dem Verbands ausgetreten und die zurückgebliebene kleinere Hälfte ist gegenwärtig allein nicht in der Lage, die Unternehmer zur Anerkennung des Schiedspruches zu zwingen. — In Ostpreußen ist der Schiedspruch von unsern Kollegen ohne jede nennenswerte Opposition fast überall einstimmig angenommen worden. Die sogenannte „zweite Schiedsinstanz“ brauchte außer in Königsberg nirgend angerufen zu werden.

In Westpreußen sind Tarife fertig für Danzig, Liegnitz-Neuteich, Dirschau, Marienburg, Marienwerder, Graudenz, Culm, Tuchel und Konik. Die „zweite Instanz“ trat in Funktion in Danzig, Marienwerder und Dirschau. Kleine Differenzpunkte bestehen noch in Danzig-Land (Höhe und Niederung), Pr. Stargardt, Thorn, Strassburg und Culmsee. Wir glauben, in der kommenden Woche diese Tarife unter Dach bringen zu können. Opposition gegen den Abschluß der Verträge wurde nur in Danzig und Marienwerder gemacht. In Danzig war der Führer der Opposition ein nicht gut beleumundeter Kollege, dessen geistige Leistung nur im Schimpfen auf die leitenden Persönlichkeiten bestand. Irgendwelchen Schaden, hat dieser Ritter von der Mancha freilich nicht auszurichten vermocht, daran wurde er von den übrigen besonnenen Kollegen recht wirksam gehindert. Daß der Abschluß des Tarifs in Marienwerder bei einem Teil unserer dortigen Kollegen auf Schwierigkeiten stieß, hat seinen Grund in der Regelung des Landgeldeaufschusses und einigen anderen Bestimmungen des Tarifs, die unsere Kollegen nicht befreidigten. Hoffentlich wird jetzt die Beurteilung dieser Bestimmungen eine andere geworden sein. — In Stolp in Pomern mußte natürlich auch die zweite Instanz in Kraft treten. Die Verhandlungen gestalteten sich hier sehr schwierig. Es wurde erst besser und die Unternehmer wurden erst zugänglicher, als wir Miene machten, mit ihnen ein neues Tänzchen zu wagen. Das half, so daß wir unsere Forderungen bewilligt erhielten, ohne daß Herr Papenfuß sich den kleinen Finger abnabben brauchte. Für Bromberg, Hohenjajza, Katal und Egin wurde unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Posener Bezirksverbandes, Herrn Kartmann, in Bromberg verhandelt. Während in Bromberg und Hohenjajza die Verhandlungen wenig Zeit in Anspruch nahmen, wollten die mit den Unternehmern aus Katal gar kein Ende nehmen. Die Unternehmer bissen sich fortgesetzt derartig an Kleinigkeiten fest, daß es selbst Herrn Kartmann zu bunt wurde und er den Herren in unserer Organwart derbe Worte sagte. Aber auch das zog nicht. Es mußte später noch einmal für Katal verhandelt werden. Die Eginer Unternehmer lehnten jede Verhandlung mit der Begründung ab, sie brauchen keinen Tarif. Da unsere Kollegen aber einen Tarif wünschen, haben sie am 1. August auf allen Bauten in Egin die Arbeit eingestellt. Vielleicht hilft das etwas nach.

Aus der abgeschlossenen Bewegung ziehen 4707 Mitglieder Vorteile. Davon erhalten eine Stundenlohn-erhöhung von 10 % 50, 9 % 180, 8 % 70, 6 % 188 und 5 % 4224 Mitglieder. An der Verkürzung der Arbeitszeit sind 1588 Mitglieder beteiligt. Davon arbeiten 1088 Mitglieder wöchentlich eine Stunde weniger, wöchentlich vier Stunden weniger arbeiten 144 Mitglieder. An der täglichen

Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde sind 854 und um eine halbe Stunde 52 Mitglieder beteiligt. Das sind Erfolge, wie wir sie hier oben noch in keinem Jahre zu verzeichnen hatten. Mögen unsere Mitglieder diesen glänzenden Fortschritt auch entsprechend achten und schätzen und sich bemühen, daß nur durch die Macht der Organisation diese schönen Erfolge erreicht werden konnten.

Aus Muel erhalten wir vor Redaktionsschluss die telegraphische Mitteilung, daß über die Firma Paul Wendt die Sperre verhängt werden müßte. Aus welchem Grunde dies geschah, geht aus dem Telegramm nicht hervor.

Gau Dortmund.

In der Tagespresse lesen wir: Die endgültigen Vertragsverhandlungen für den Bereich des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten sind nunmehr beendet. Das Vertragsgebiet hat eine derartige Ausdehnung erlangt, daß es sich als erforderlich erwies, dieses in Bezirke einzuteilen. Bei den Verhandlungen wurden im großen und ganzen die Interessen im Auge getroffenen Vereinbarungen zugrunde gelegt, die in ihren Hauptpunkten auch für alle übrigen Lohngebiete mit geringen Abweichungen in den einzelnen Bezirken in Frage kommen. Eine Abänderung des Geltungsbereichs des Vertrages kann nur unter beiderseitigen Einverständnis erfolgen. Die Vertragsparteien dürfen abweichende Bestimmungen mit andern Organisationen oder einzelnen Unternehmern nicht treffen.

Die normale Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, in Berücksichtigung der Witterungs- und Lichtverhältnisse, jedoch ist eine kürzere Arbeitszeit zulässig. Am Samstag nachmittags zwischen dem 16. März und 30. September ist eine Stunde früher Feierabend, an den Samstagen zwischen dem 1. und 15. März sowie zwischen dem 1. und 15. Oktober wird eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Unternehmers zu leisten und dürfen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu beseitigen sind, ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten, im letzteren Falle, wenn hiervon das technische Gelingen einer Arbeit abhängig ist. Der Stundenlohn wird mit der Maßgabe gewährt, daß die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher ortsüblichen Arbeiten verpflichtet sind und daß der für Zimmergesellen eingesehete Lohn für alle Zimmerarbeiten zu zahlen ist. Für Gesellen, die infolge Alters oder Invaldität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter, sowie für Junggesellen im ersten und zweiten Jahre nach beendeter dreijähriger Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden. Die Vereinbarung hat innerhalb der ersten sechs Tage nach Eintritt der Arbeit zu erfolgen, andernfalls ist der tariflich festgesetzte Lohn zu zahlen. Für verschiedene Arbeiten werden Zuschläge von 20 bis 100 % gefaßt. Affordarbeit ist zulässig. Ob in Afford gearbeitet wird, ist in jedem einzelnen Falle lediglich von der Vereinbarung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern abhängig. Die örtlichen Organisationen vereinbaren einen Affordtarif für einfache Arbeiten. Der Affordüberschuß ist unter die am Afford Beteiligten nach Verhältnis der im Afford geleisteten Arbeitszeit gleichmäßig zu verteilen.

Die Lohnperiode umfaßt 14 Tage. Da, wo acht tägige besteht, bleibt sie. Teilzahlungen sind bei vierzehntägiger Lohnzahlung in der Mitte der Lohnperiode in Höhe von 95 % des verdienten Lohnes zu leisten. Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit gezahlt. Für die Zeit, in der die Arbeiter ruhen muß infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnungen, Sistierung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsstörung der Materialbeförderungsanlagen oder partieller Streiks der auf den Arbeitsstätten beschäftigten Mitarbeiter können die Arbeiter ebenfalls keinen Lohn beanspruchen. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt von beiden Seiten unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist, soweit nicht Ausnahmen festgesetzt sind. Den örtlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter bleibt es freigestellt, durch gegenseitige Vereinbarung die Kündigungsfrist zu verändern oder aufzuheben. Zur Schlichtung von Streitigkeiten und zur Überwachung der örtlichen Verträge werden, wie das auch in dem früheren Tarifverträge vorgesehen war, örtliche Schlichtungskommissionen eingesetzt, die solche Angelegenheiten, die nicht zur Erlebigung gebracht werden, dem Einigungsamt in Essen unterbreiten. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen, Verstöße gegen den Vertrag oder dessen Umgehungen nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere keine in Widerspruch mit dem Vertrag ausbrechenden Ausperrungen, Streiks und Aussperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen.

Gau Frankfurt a. M.

Aus Darmstadt schreibt man uns: Ueber das Geschäft des Unternehmers B. Hoffmann in Griesheim mußte die Sperrverhandlung werden, weil er sich weigerte, den tarifmäßigen Lohn von 48 S zu zahlen. Es kommen sieben Kollegen in Betracht, von denen einer abgereist und anderweitig untergebracht ist. Die andern fünf können wahrheitsgemäß nächste Woche in Darmstadt in Arbeit treten. Der Unternehmer gestattet keine Organisation an und zahlte einen Lohn von 49 und 44 S. Griesheim gehört zu dem Vertragsgebiet Darmstadt.

Gau Götting.

Aus Westwälder teilt man uns mit: Obwohl die Organisation am Orte schon ziemlich alt ist, kam doch jetzt erst zum erstenmal ein Vertrag zustande. Am 2. Juli wurden Lohnforderungen gestellt, und am 12. Juli darüber verhandelt. Da keine Einigung zu erzielen war, wurde die Sache bis zum 21. Juli vertagt und dann der Arbeitgebeverband hinzugezogen. Hier kam es wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen; schließlich konnte aber doch ein annehmbarer Tarif für uns abgeschlossen werden, und zwar auf Grund des abgeschlossenen Reichstarifs. Der Lohn wird sofort um 1 S, am 1. April 1911 wieder um 1 S und am 1. April 1912 um 3 S erhöht. Eine Rindigungsfrist von einer Woche mußte noch beibehalten werden. Im großen ganzen sieht wir aber einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen. Aufgabe jedes einzelnen Kollegen muß es nun sein, weitere Fortschritte einzeln zu helfen. Besonders muß der innere Ausbau unseres Zweigvereins gefördert werden, da es in dieser Beziehung noch ein großes Stück Arbeit zu bewältigen gibt. Darum, Kollegen, frisch ans Werk!

Gau Magdeburg.

Aus Staßfurt wird uns geschrieben: Der Zimmermeister und Baugeschäftsinhaber E. Schmidt in Fördersiedt mußte nach vierwöchigem hartnäckigem Weigern nun am 1. August doch mit uns verhandeln. Die Forderung unserer Kollegen, in diesem Jahre den Lohn von 40 auf 42 1/2 S, im nächsten auf 45 S und 1912 auf 47 S zu erhöhen, ist dabei leicht bewilligt worden. Der Lohn für Zugsstellen darf im ersten Jahr nicht unter 30 und im zweiten nicht unter 35 S betragen. Durch die Einmütigkeit unserer Kollegen ist der Troß des Unternehmers gebrochen worden. Leider ist ein Kollege aus Kalbe a. d. S. neben einem fleißigen Streikbrecher geworden. An die Kollegen von Fördersiedt aber richten wir nun die Mahnung, nicht nur in der Gewerkschaft zusammenzuschließen, sondern auch auf den andern Gebieten der Arbeiterbewegung sich fest aneinander zu schließen.

Gau Nürnberg.

In unsern letzten Berichten haben wir mitgeteilt, daß sich auch in Selmbrechts die Unternehmer weigern, den abgelaufenen Vertrag zu erneuern und den Schiedsgericht anzuerkennen. Inzwischen haben sich die Unternehmer zwar bereit erklärt, auf Grund des Schiedsgerichts einen Vertrag abzuschließen (was auch geschehen ist); aber den Herren fällt es nicht ein, nun auch den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Als man sie darüber zur Rede stellte, leunten sie den Vertragslohn ab, obwohl inzwischen die Verträge von den örtlichen Organisationen unterzeichnet worden waren. Darauf stellten die Kollegen bei allen Unternehmern die Arbeit ein. In der letzten Woche haben dann wieder Unterhandlungen stattgefunden; aber auch hier erklärten von den fünf Unternehmern vier, den Vertrag, d. h. den Schiedsgericht, nicht anerkennen zu wollen, weshalb die Arbeit eingestellt bleiben mußte. Gearbeitet wird nur bei einem Unternehmer, der nur Verwandte und zwei Enturlaubte beschäftigt, die auf den Tariflohn verzichtet und auch nicht organisiert sind.

In Nürnberg haben die Unternehmer gleich nach der Ausperrung alle ihre Mitglieder durch Mundschreiben und Anschlag auf den Bauten verpflichtet, Arbeiter nur durch ihren Arbeitsnachweis zu beziehen, weshalb wir unsere Kollegen durch Posten vor dem Arbeitsnachweis der Unternehmer warnten, was uns die Unternehmer verbieten wollten. Nachdem sie uns beschpöden hatten, es jedem ihrer Mitglieder überlassen zu lassen, wo und wie er seine Arbeiter einstellen wolle, wurden von uns die Posten eingezogen. Es dauerte aber nicht lange, und die Unternehmer begannen das alte Spiel von neuem. Man hat sogar inzwischen eine Filiale des Arbeitsnachweises errichtet, worauf alle vier Organisationen gemeinsam beschlossen, an den beiden Arbeitsnachweisstellen je einen Posten aufzustellen, um arbeitssuchende Arbeiter über das Wahregelungsbureau der Nürnberger Bauunternehmer anzuklären. Das ist aber den Machern des Arbeitsnachweises nicht genug, weshalb sie in einem Schreiben an uns die Entfernung der Posten verlangen, andernfalls andere Maßnahmen ergriffen werden sollen. Wir mußten aber den Unternehmern mitteilen, daß wir leider nicht in der Lage seien, die gemeinsam getroffene Maßregel aufzuheben, da diese nur eine Maßnahme gegen das strapuzlose Vorgehen der Unternehmer sei; wir wären aber jederzeit bereit, darüber in eine Verhandlung zu treten und die Arbeitsnachweisfrage gemeinsam zu regeln.

Gau Straßburg.

Im Gebiete des Gau's Straßburg sind nun alle Verträge bis auf die für Metz und Berrach abgeschlossen. Bei den örtlichen Verhandlungen wurde in Erzier und Colmar eine Einigung erzielt; in den übrigen Orten mußte erst die zweite Instanz als Schiedsgericht in Funktion treten. Wir können sagen, daß nirgends Verbesserungen der früheren Vertragsbedingungen, sondern fast überall Verbesserungen eingetreten sind. Sehr gut schnitten überall die Bauhilfsarbeiter ab, die endlich auch in Erzier und Metz einen Vertrag bekamen. — Am schwierigsten gestalteten sich die Verhandlungen in Metz. Hier war ebenfalls, wie Rüscher in Frankfurt a. M., der Vorsitzende auch zu gleicher Zeit Sprecher der Unternehmer. Und was für ein Sprecher! In endlosen Reden versuchte er, seine Ansichten plausibel zu machen, jeden andern Redner

immerfort unterbrechend, so daß die Verhandlungen immer Stundenlang dauerten. Und welche schlagenden Argumente führte dieser Mann an! Um uns z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit zu berechnen, meinte er, wir sollten es mit der Verkürzung der Arbeitszeit ja nicht zu weit treiben; denn — an der Verkürzung der Arbeitszeit sei das alte römische Reich zugrunde gegangen! Als dann noch ein anderer Vorgang hinzukam, lehnten wir es ab, unter dem Vorbehalt dieses Herrn weiter zu verhandeln. Die weiteren Verhandlungen fanden dann unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Wöhner als Unparteiischen statt, der auch zu gleicher Zeit Schiedsrichter war. Der Vertrag kam dann teilweise durch Verhandlung und teilweise durch Schiedsgericht bis auf einen Punkt zustande. Die Unternehmer fordereten einen Zusatz zu § 8 des Vertrages folgenden Inhalts: „Bei Beton- und Eisenbetonarbeiten sind Ueberstunden zu leisten soweit es die Eigenart eines Betongeschäftes erfordert.“ Dies war eine Forderung, über die nach gar nicht diskutiert war. Wir lehnten sie selbstverständlich ab und bestritten auch die Zuständigkeit des Schiedsgerichts zur Entscheidung der Frage, da diese durch das allgemeine Vertragsmuster bereits erledigt sei. Der Unparteiische glaubte aber, daß das Schiedsgericht auch in dieser Frage kompetent sei, und fällte folgenden Spruch: „Bei Beton- und Eisenbetonarbeiten ist Ueberarbeit bis zu einer Stunde zu leisten, soweit eine begonnene Betonarbeit im technischen Interesse vollendet werden muß.“ Diesen Schiedspruch haben wir beanstanden, um zunächst unsere Verhandlungsstände zu hören. — In Berrach ist der Vertrag auch durch Schiedsgericht erledigt; hier wollten die Unternehmer einige Punkte nicht annehmen. Es handelte sich um den Zuschlag für Sonntagsarbeit und um die Auszahlung des Lohnes auf der Baustelle. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit betrug bisher 100 pSt.; die Unternehmer wollten in der Zukunft nur 50 pSt. zahlen. Das Schiedsgericht entschied, daß wieder 100 pSt. zu zahlen seien. Die Lohnzahlung erfolgte bisher in der Regel im Bureau des Unternehmers. Wir verlangten, daß sie in Zukunft auf der Baustelle stattfinden solle. Diese beiden Punkte wollten die Unternehmer nicht anerkennen und deshalb ist, wie in Metz, der Vertrag noch nicht unterschrieben. Wir glauben aber, daß auch diese Differenzen in den beiden Orten in aller nächster Zeit erledigt werden können und damit wäre dann in den größten Orten des Gau's der Frieden wieder auf einige Jahre hergestellt. — Unsern Kollegen aber möchten wir bei dieser Gelegenheit gürten: Seid auf der Hut und sorgt dafür, daß die Unternehmer auch den Vertrag einhalten; denn in einigen Orten versuchen es die Unternehmer auf alle mögliche Art und Weise, den Vertrag zu umgehen. Das kann nur verhindert werden, wenn die Kollegen allerorts auf dem Posten sind und für den Ausbau der Organisation Sorge tragen.

Gau Stuttgart.

Die Gipfelerbewegung in Stuttgart, die am 6. April mit der teilweisen Ausperrung der organisierten Gipfer ihren Anfang nahm, hat nunmehr nach sechzehn-einhalbwöchiger Dauer am 30. Juli ihr Ende erreicht. Die Arbeit wurde am 1. August wieder aufgenommen. Auf Grund des Karlsruher Schiedsgerichtes wurde vor einem fünfköpfigen unparteiischen Schiedsgericht verhandelt. Dem gefällten Schiedspruch haben sich beide Teile im wesentlichen unterworfen; kleinere Differenzen wird das Zentralschiedsgericht in Karlsruhe erledigen. Der Stundenlohn wurde im Minimum um 6 S erhöht und beträgt für 1910 62 bis 67 S, für 1911 63 bis 68 S und für 1912 65 bis 70 S. Die jeweiligen Zuschläge gelten für Stuktureure als Mindestsätze. Für Ueberandarbeit werden Zuschläge bis zu 2 pro Tag bezahlt. Die Arbeitszeit bleibt zehn Stunden; es ist aber ausdrücklich festgelegt, daß deren Verkürzung gleichzeitig mit einer solchen im übrigen Baugewerbe zu erfolgen hat. Wenn die Erfolge dieser langen Bewegung nicht noch bessere sind, so lag das daran, daß infolge der allgemeinen Bauarbeiterausperrung wenig Gipferarbeit vorhanden war, andererseits aber im Laufe des Kampfes sich eine große Anzahl arbeitswilliger Elemente eingefunden hatte.

Die neuerigerte Militärbehörde.

In Rotenburg a. d. Fulda hatten, wie wir in Nr. 31 des „Grundstein“ berichteten, unsere Kollegen nach benötigter Ausperrung Forderungen gestellt, was der Bauunternehmer P. Gorski mit der Ausperrung glaubte beantworten zu müssen. Als er sah, daß die Mauer nicht, wie er gehofft hatte, reumütig zu ihm zurückkehrte, suchte er durch allerlei schöne Mittel Streikbrecher zu fangen. Anscheinend war ihm dabei auch die Militärbehörde behilflich, was aus folgendem sonderbar anmutendem Schreiben hervorgeht:

Mitteilung.
P. Gorski, Herr...
Bauunternehmer.
Rotenburg a. d. Fulda, den 17. Juli 1910.
Von der Militärbehörde liegt bei mir eine Anfrage vom 16. d. M. vor, ob der beurlaubte Musiker G. bei mir beschäftigt sei oder sich an dem Streik beteilige. Da ich hierüber sofort berichten muß, so erlaube ich um Mitteilung, was Sie zu tun beabsichtigen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß Sie innerhalb weniger Tage wieder einberufen werden, wenn ich Ungünstiges über Sie berichten muß.
Hochachtungsvoll
P. Gorski.

Wenn der Bauunternehmer P. Gorski nicht ein ganz geistiger Schwindler ist, sondern die behauptete Anfrage

der Militärbehörde wirklich an ihn gelangt ist, dann muß man fragen: Wie und mit welchem Recht kommt die Militärbehörde dazu, an den Unternehmer eine solche Frage zu richten? Was kümmert es die Militärbehörde, ob der Mauer G. in Arbeit steht oder freit? Hat etwa der ausperrungswillige Bauunternehmer Gorski den rüdgangstesten Mauer bei der Militärbehörde denunziert und glaubte diese, dem Bedrängten durch ihr angebliches Schreiben zu Hilfe kommen zu müssen, indem sie versuchte, den Mauer zum Streikbruch zu treiben? Eine solche Einmischung in das Privatleben unserer Mitbürger müßten wir auf's allerentschiedenste zurückweisen.

Auch ein Stück Agitationsarbeit.

Aus einem Zweigverein in der Nähe Berlins schreibt uns ein Kollege: Wie eine Zweigvereinsleitung für den Verband „agitiert“, zeigte eine am 4. August von der Bahnhofs-Köpenick abgehaltene Sitzung zu der 38 Kollegen eingeladen und davon die Hälfte erschienen waren. Es erwiderte zunächst den Anschein, als wollte der Vorsitzende etwas Begeisterung für den Verband in die Herzen der Kollegen hineintrauen, indem er sie zum besseren Veranlassungsbesuch ermahnte. Es zeigte sich aber bald, um was es sich eigentlich handelte. Der Vorsitzende erging sich in wüsten Schimpereien gegen den Verbandsvorstand, den letzten Verbandstag und gegen die Verbandseinrichtungen, so daß ich es vorzog, die Sitzung zu verlassen. Nach einer Mitteilung eines Kollegen, der nicht zu den rüdgängigsten in der Sitzung zählte, setzte nun die schärfste Opposition gegen den Verbandsvorstand usw. ein, so daß die Leitung den Zweck der Sitzung erreicht hatte. Es wurde eine fünfgliederige Kommission gewählt, die eine Protestresolution auszuarbeiten soll, gerichtet gegen die Verbandstagsbeschlüsse und die Maßnahmen des Verbandsvorstandes, die der nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Während ich es, daß sich die ältesten Kollegen des Zweigvereins dazu hergaben, die Resolution auszuarbeiten, um so mehr, da etliche von ihnen Vertrauensposten in der Partei bekleideten. — Daß ich für wahr ein nettes Stückchen Agitationsarbeit zur Hebung des Veranlassungsbesuchs, was sich diese Zweigvereinsleitung geleistet hat. Hier hat offenbar alle schwere und opferreiche Organisationsarbeit noch keine Früchte gezeitigt. Und bei solcher Agitation erwartet die Zweigvereinsleitung von den Kollegen noch Interesse für die Organisation und einen besseren Veranlassungsbesuch!

Et is man jut, det se noch da is!

Die Freie Vereinigung der Mauerer Berlins nämlich; denn wenn sie nicht da wäre, dann müßten die armen Berliner „Verbandsbrüder“ bei der nach der Aussperrung eingetretenen „Kirchhofstraße“ an Leib und Seele Schaden leiden. Ach, es ist ein Jammer: die „Verbandsbrüder“ sind von ihren gefährlichen Führern in den Schlaf gewiegt worden und niemand vertritt nun die Interessen der Mauerer Berlins. Die „revolutionären“ Männer der Freien Vereinigung schlafen zwar auch, und zwar, wie man hin und wieder aus der „Einigkeit“ ersehen kann, noch fester als die „Verbandsbrüder“, aber ihr Vorstand wacht wenigstens und rüttelt sie hin und wieder mit revolutionären Worten etwas aus dem Schlafe auf. Jetzt sieht dieser Vorstand in seiner zottigen Mannesbrust sogar die Pflicht, auch die „Verbandsbrüder“ aus ihrem Schlafe zu wecken und die „Grabesstille“ unter ihnen zu stören. In einem an uns gelangten Zirkular leidet er zunächst jedes einzelne seiner „revolutionären“ Mitglieder, die, wie er vor einigen Monaten in der „Einigkeit“ sagte, „dem Vorstände die ganze Last aufbürden, ohne sich um die Organisationsfragen zu kümmern“, zu einer Versammlung ein, in der sie zum Kampf gegen die schlafenden „Verbandsbrüder“ präpariert werden sollen.

„Kollegen“, so heißt es in dem Zirkular, „nachdem sich die Wogen der Aussperrung gelegt haben und bei unsern Verbandsbrüdern die Kirchhofstraße perfekt geworden, ist es mehr denn je unsere Pflicht, diese Grabesstille zu stören. Der Zweck dieser Versammlung ist unter anderem auch der, unsern Kollegen Material in die Hände zu geben, um die Situation durch ergiebige Agitation auszunutzen. Damit nun die Beschlüsse, welche eventuell gefaßt werden, zu jedermanns Kenntnis gelangen, ist es unbedingt notwendig, daß jeder einzelne bestimmt und pünktlich erscheint.“

Na, das wird nun ein schönes „Mutbergießen“ geben, wenn die schlafenden „Revolutionäre“ ihre Agitation beginnen. Ob das die „Verbandsbrüder“ wohl aushalten werden?

Deutscher Bauarbeiterverband.

Gautag für den Gau 20.

Der konstituierende Verbandstag zu Leipzig hat beschlossen, daß die Konstituierung der Gaue im Deutschen Bauarbeiterverband in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. November vorgenommen werden soll. Die Gauvorstände des für beide Verbände bestehenden Gau's Mannheim haben den Wunsch ausgesprochen, den Gau 20 (Borort Karlsruhe) bereits am 11. September zu konstituieren. Der Unterzeichnete hat dazu seine Zustimmung erteilt und beruft hiermit zum Zweck der Konstituierung des Gau's 20 eine Konferenz ein. Die Konferenz findet statt am Sonntag, 11. September 1910, zu Karlsruhe im Lokal Ruffmann, Kaiserstr. 18, mit der

Tagesordnung:

- 1. Der Deutsche Bauarbeiterverband.
2. Konstituierung des Gau's.
3. Anträge.

Der Gau 20 umfaßt folgendes Gebiet:

- 1. Das Großherzogtum Baden ohne die Kreise Konstanz und Wilingen.

- 2. Die Rheinpfalz des Königreichs Bayern.
- 3. Die Kreise Merzig, Ottweiler, Saarbrücken, Saarlouis und St. Wendel der Rheinprovinz.
- 4. Die Kreise Bensheim, Heppenheim und Worms des Großherzogtums Hessen.

Die Konferenz besteht aus Delegierten der innerhalb dieses Gebietes bestehenden örtlichen Organisation des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des Zentralverbandes handwerklicher Hilfsarbeiter Deutschlands.

Die Wahl der Delegierten erfolgt getrennt nach Verbänden auf Grund der diesbezüglichen Bestimmungen der bestehenden Verbände.

Die in Frage kommenden örtlichen Organisationen beider Verbände werden ersucht, die Delegiertenwahl vorzunehmen. Die Delegierten müssen sich auf der Konferenz durch Mandat, Mitgliedsbuch und die Legitimationskarte für die diesjährige Lohnbewegung legitimieren.

Die Delegierten der vorgenannten Konferenz treten erst getrennt nach Verbänden zusammen, um den Bericht der Gewerkschaften für die bestehenden Gewerkschaften.

Diese Organisationskonferenzen beginnen vormittags 9 Uhr und tagen in demselben Lokal. Beginn der gemeinsamen Tagung wird am Konferenztag gegenseitig vereinbart.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes.
F. A. Th. Bömelburg. G. Wehrendt.

Eckernachmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 1. bis 6. August für folgende Mitglieder erteilt:

Oswald Mäger-Neckheim, Werb.-Nr. 247387; Martin Reiter-Wasserburg (Frau), 364 913; Karl Schuler-Guben, 154 248; Stephan Fischer-Magdeburg, 171 751; Johann Weginger-Mainz, 841 765; Karl Fischer-Fürstentum i. M., 70 329; Geinr. Baog-Kelle, 58 832; Baptist Meier-Minden, 240 561; Georg Richter-Rürnberg, 480 633; Helmut Herzog-Neuburg (Frau), 89 424; Paul Milanowski-Marienburg (Frau), 117 305; Gregor Gollmann-Breslau (Frau), 16 748; Karl Seidts-Minden (Frau), 263 757; Geinr. Schlittmann-Frankfurt a. M. (Frau), 24 422; Franz Freitag-Hamburg, 30 888; Josef Fretschmann, 338 221; Otto Sablotny - Oberode i. Pr., 136 249; Fritz Richter-Sof a. d. S., 453 815; Roman Gahrst-Bofen, 245 788; Ernst Kern-Mainz (Frau), 40 687; Gottlieb Gleisberg-Ghemnitz (Frau), 471 411; Rud. Eppenborf-Hamm i. M. (Frau), 689 619; Wilh. Glente-Berlin (Frau), 90 026; Johann Reu-Glin a. M. (Frau), 140 897; Mich. Frons-Dennin (Frau), 342 127; Karl Buchholz-Solmar i. Pr., 122 081; Conrad Umbach I-Cassel, 11 053; Bernh. Bräuer-Johannstadt, 383 115; Wilh. Jahnke-Marienburg i. Pr., 384 984; Albert Klein-Danig, 76 523; Chr. Specht-Hamburg (Frau), 26 218; Franz Streif-Berlin, 502 842; Louis Gehrte-Berlin, 541; Otto Gendrich-Bolsdam (Frau), 95 143; Wilh. Heib-Hiltta (Frau), 351 730; Johann Holmann-Würzburg (Frau), 107 776; Jul. Jenner-Bregau, 459 978; Hermann Hartmann - Oldenburg i. Gr., 486 021; Hermann Wagner-Stettin, 45 138; Friedr. Diegnal-Berlin i. Pr., 508 268; Georg Hüter-Burgheide, 322 859; Friedr. Wolf-Galle a. d. S., 24 713; Wilh. Wösch-Galle a. d. S. (Frau), 25 412.

Geldsendungen für die Hauptkassa sind nur an den Kassierer J. Hüster, Naumburg 1, Rebenwunderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 7. August 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Allendorf-Soeden M. 100,70, Ahrensböck 39,85, Arneburg 60, Augsburg 800, Aue 370, Borchhorst 47,90, Birkenwerder 27,09, Blankenburg a. Harz 7,75, Barytheide 341,44, Belgard 19,52, Belgitz 7,20, Berne 139,85, Berlin 37 496,32, Bremen 1650, Bielefeld 1600, Bergeborf 200, Burg 5. M. 450,35, Brunsbüttelort 200, Croppenstedt 366,04, Celle 242,55, Cölpe 3083,35, Chemnitz 2903,65, Danzig 7741,11, Eggelun 146,90, Elmsee 562,49, Erlangen 450,24, Esterweida 141,45, Eifenach 400, Erfurt 560, Fraunberg i. S. 727,78, Fürstentum 629,71, Frankfurt a. M. 5, Freudenstadt 79,14, Fulda 390,60, Goldberg i. Schl. 233,08, Gölzow 15,15, Gießhain 2,24, Schweitzer 15,31, Gölzha 984,43, Gr.-Weiten 577,41, Gronau 44,82, Gassen 2,10, Gronow 54,65, Götz 500, Götzen 93, Glanbach 400, Hamm 620,25, Holzhausen 198,05, Hünterte 193,71, Heringen 11,70, Heiligenhafen 48,40, Holzmannen 23,48, Hamburg 7800, Herford 272,20, Joachimsthal 53,90, Jastrup 25,39, Königslutter 71,83, Kitz 58, M.-Schönebeck 64,72, Kyritz 31,90, Konigsau 200, Kirchwärder 55,31, Landeshut 183,95, Lübeck 10,05, Limburg 164,30, Löhlin 795, Mühlentebd 161,85, Mülheim 10 016,64, Merseburg 25, Meissen 572,31, Minden 2417,32, Mittweida 555,51, Neudorf 23,14, Neustettin 387,30, Neuminer 1002,12, Neuhardenberg 150, Nöwates 800, Oldenburg i. Holl. 161,23, Oppeln 25,75, Oeynigen 63,94, Oberode 100, Preetz 89,08, Pirmseburg 284,56, Radeburg 41,10, Rastenburg 81,07, Rastow 1,06, Raba 107,30, Rastenburg 42,40, Saarbrücken 2495,51, Sonneberg 435,69, Stablin 22,65, Sülze 17,70, Sagan 42,19, Schwann 33,55, Schillingstorf 20, Sarstedt 276,50, Stabe 284,12, Schneerben 78,30, Storkow 8,64, Straubing 147, Stuttgart 7097,02, Snelßen 664, Stab-

hagen 100, Triebes 385,61, Tautcha 520,65, Tangernünde 88,45, Triebel 173,80, Torgau 180,30, Heizen 121,87, Wegeled 500, Wajungen 86,59, Wiesbaden 3750, Wintzen a. d. Rube 325,96, Würzburg 26,46, Waldborf 5, Tellingen 16,95, Wäßlig 372,76, Waldheim 29,65, Wener 260, Wöngromitz 152,27, Waldshut 63,41, Zeitz 400, Zimowitz 69,62, Zerbst 400.

b) Für Futterale.

Erfurt M. 15, Gotha 3, Hamm 5, München 50, Stabe 2.

c) Für Protokolle.

Berne M. 1, Croppenstedt 4, Erfurt 22, Fulda 2,30, Frankfurt a. M. 182, Goldberg i. Schl. 5,50, Gronau 12, Joachimsthal 2, Lübeck 67, Löhlin 5, Mühlentebd 4, München 202, Saarbrücken 17, Stuttgart 52, Triebes 4, Heizen 6, Wener 2, Wöngromitz 2.

d) „Grundstein“-Einband und Decken.

Frankfurt a. M. 6,60.

e) Für Anzeigen im „Grundstein“.

Fürstentum M. 240, Pirmseburg — 30.

Marken-Verband. Vom 1. bis 6. August sind Marken verhandelt worden (E = Eintricksmarken, B = Beiragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Sozialfondsmarken):

Münsterberg 40 E & 50 A, Ahrensböck 10 E & 50, 2 E & 150, Ahrensböck 10 E & 50, 10 E & 150, Ahrensborf 100 B & 50, 100 B & 50, 5 E & 50, Ahrensborf 50 B & 40, Berne 200 B & 65 A, Barchhorst 50 B & 60, 50 B & 40, Burgstädt 400 A & 25, 20 E & 20, Burgau 15 E & 50, Breslau 100 E & 50, Bock 400 B & 50, Bodowitz 25 E & 50, Coblenz 6000 B & 70 A, 20 E & 150, 1000 A & 25, Chemnitz 100 E & 150, 10 E & 100, 20 B & 85, Götz 1000 B & 60, Gölz 50 E & 50, 20 E & 300, Gölz 50 B & 45, Demmin 10 E & 150 A, 40 E & 50, Demminhorf 20 E & 50, Erfurt 100 E & 50 A, Eifen 300 E & 50, 50 E & 150, Götz 50 B & 45, Freiburg i. Br. 2000 B & 70 A, 100 E & 50, Fallenstein 10 E & 150, 200 A & 25, Greifswald 800 B & 55 A, 200 B & 45, 200 L & 5, Goldberg i. Schl. 1200 B & 55, Glogau 50 E & 50, Grimma 200 B & 40, 400 L & 10, 1200 B & 50, Groß-Beerze 5 E & 150, Grunze 400 B & 55, 400 B & 40, 400 A & 25, Gotha 400 B & 60, 1000 B & 65, Gützkow 100 B & 60, 100 E & 70, Hof 4000 B & 65 A, Galle 100 E & 50, Gahmersleben 400 B & 45, Hamburg 4000 B & 95, Jechow 500 B & 70 A, 500 B & 65, Jagnd 1000 B & 50, 400 A & 25, Jähnitz 10 E & 300, 5 E & 50, Kneiphof 100 L & 50 A, Kallberg 600 B & 65, Klein-Schönebeck 5 E & 50, Krcmmen 10 E & 50, Kirchwärder 400 B & 65, 200 A & 25, Lubitzschütz 400 B & 50 A, 100 L & 10, Sübbenua 10 E & 50, 5 E & 150, Rangenhüt 100 E & 45, 100 B & 50, 100 B & 60, Raubeshüt 200 B & 40, 1200 B & 50, 400 L & 10, Sengelsfeld 10 E & 50, Samsbüttel 1000 B & 60, Südb 3000 B & 80, 100 B & 90, Loburg 200 B & 40, Neufelshüt 400 B & 55 A, 2000 B & 60, Mühlentebd 100 B & 40, 100 A & 25, Müching 5000 L & 10, Mühlengrund 2000 B & 50, Marne 400 B & 60, Marienburg i. Westpr. 1 E & 300, 4 E & 150, Mühlhauken i. Thür. 25 E & 50, Müching 30 000 B & 80 A, Neuenamme 100 B & 80, 100 B & 90, 200 B & 85, 100 B & 70, Neufals 1500 B & 60, Neustettin 1200 B & 55, 10 E & 50, Neustettinerhüt 200 B & 40, Neurede 200 B & 45, 500 B & 50, Neurruppin 2000 B & 60, 5 E & 150, Oels 10 E & 50 A, 200 B & 45, Oldenburg i. Holl. 100 B & 50, Oberode i. Pr. 1200 B & 60, Oldenburg 400 B & 60, Oßfenswärder 400 B & 70, 100 A & 25, Oberstein 30 E & 50, Preetz 100 A & 25 A, Pafemall 600 B & 50, Preetz 600 B & 65, Pfaffling 500 B & 40, 20 E & 50, Pöbeljud 600 B & 65, Plauen i. Vogt. 10 000 L & 10, Pöfen 1000 B & 45, 100 E & 50, Pößitz 300 B & 65, Regis 400 B & 50 A, Radolitz 100 B & 60, 10 E & 50, Rejna 200 B & 50, Raffenow 1600 B & 65, 400 B & 55, 200 A & 25, Reichenbach i. B. 300 A & 30, Reppen 300 B & 45, 10 E & 50, Rejnshüt 200 A & 30, Sternberg 600 B & 50 A, Sallgast 800 B & 50, Steinau 200 B & 50, Sülze 5 E & 50, Schmalzden 20 E & 50, Saarbrücken 1000 B & 75, 10 000 B & 70, 2000 B & 60, 1000 B & 65, 100 E & 150, 300 E & 50, Sonderburg 20 E & 50, Stettin 10 E & 50, 10 E & 150, Schwandorf 600 B & 45, Straßburg i. d. H. 100 B & 60, 10 E & 50, Schopfloh 600 B & 60, Stuttgart 80 000 B & 70, 400 E & 50, Sagan 600 B & 45, Schneiditz 10 E & 80, Smittemünde 1200 B & 55, 1200 K & 10, Schleswig 800 B & 65, 300 K & 10, Snelßen 500 B & 90, Stabe 600 B & 70, 200 B & 60, 15 E & 50, Triebes 500 B & 50 A, 100 A & 25, Teufenthal 300 B & 60, 100 B & 55, Timmerode 300 B & 45, 10 E & 50, Tremsbüttel 200 B & 60, Teßlin 200 B & 50, Tautcha 200 B & 70, Tauting 200 B & 55, Torgau 1000 B & 50, Tondern 1000 B & 60, Werda 200 A & 25 A, Weigenfels 1500 B & 60, 400 B & 50, 20 E & 50, Weitzen 5 E & 150, 200 A & 25, Wintzen a. d. R. 10 E & 50, 5 E & 150, Walsrode 15 E & 50, Waldenburg i. E. 200 B & 50, 10 E & 50, Wöngromitz 200 B & 50, 5 E & 100, 10 E & 150, Zittau 5000 B & 65 A, 5000 B & 60, Zechn 10 E & 50, Zarenstein 400 B & 55.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Germ. Urban-Berlin (Verb.-Nr. 445 299), Gustav Senze-Brandau (101 555), Mich. Kronmer-Greiz (262 639), Joh. Georg Schwan-Gambach (181 129), Karl Köhler-Naumburg (78 588), Karl Knipfel-Guben (78 499), Wilh. Maag-Kamer (28 388), Lubw. Brühlhilla-Kaltowitz (320 905), Jakob Gollatz-Kaltowitz (34 698), Gottfr. Müllner-Karlshüt (189 994), Joh. Stensmann-Felsenberg (180 285), Georg Keller-Wamberg (450 389), Joh. Gynzel-Friedberg i. M. (4979), Karl Weßel-Plauen i. B. (85 428), Joh. Winkler-Schneiditz (601 205), Joh. Pfleger-Ingolstadt (113 570), G. Vordorfs-Gießen a. d. R. (27 419); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Wilhelm Mülling-Göppingen (036 607), Franziska Witzgen-Hamburg. (057 653), Armando Fiori-Hamburg (087 683), Dito Petri-Berlin (049 197),

Gust. Richter-Gessertshaus (04 985), Jul. Polornicki-Brandenburg (024 337), Karl Göt-Saarbrücken (025 335), Peter Reif-Coblenz (020 458).

Verichtigung. In Nr. 32 des „Grundstein“ sind auf Seite 366 in der dritten Spalte unter „Aufforderung“ die Namen verwechselt worden. Nicht Götze soll die Mitgliedskarte Bärkers, sondern Bärker die Mitgliedskarte Götzes einreichen. **Der Verbandsvorstand.**

Fliesenleger.

Mannheim: Zur Bewegung der Fliesenleger in Mannheim-Ludwigshafen ist mitzuteilen, daß von den gesperrten Geschäften die Firmen Apenteiler und Molitor den Tarif anerkannt haben, nachdem sie eingelehen hatten, daß ihnen Arbeitskräfte nicht zur Verfügung standen. Die Firmen Krebs, Winter, Fuchs & Pfeiffer, Gräber, Windo und Jungmann blieben bis jetzt noch auf ihrem hartnäckigen Standpunkt stehen. Leider gelang es den Firmen, einige Arbeiter nach Mannheim zu bringen (von Wehlach und Karlsruhe-Kantenheim). Es ist dringend notwendig, daß die Kollegen Mannheim-Ludwigshafen meiden, bis wir mit dem Tarif durchgedrungen sind.

Isolierer und Steinholzleger.

Die Verschmelzung beschlossen!
Aus Dortmund, wo zurzeit die Generalversammlung des Verbandes der Isolierer und Steinholzleger tagt, erhalten wir die telegraphische Mitteilung, daß die Delegierten am 8. August die Verschmelzung des Verbandes mit dem künftigen Deutschen Bauarbeiterverband einstimmig beschlossen haben.

Internationale Maurerbewegung.

Internationale Konferenz der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen.
Auf Grund des internationalen Kartellvertrages muss in diesem Jahre eine internationale Konferenz stattfinden, die ich hiermit einberufe.

Die Konferenz findet statt am Sonnabend, 27. und Sonntag, 28. August zu Kopenhagen, im Hotel Lina, Norwold 23. Beginn am Sonnabend 9 Uhr vormittags. Die Tagesordnung ist vorbehaltlich der Genehmigung der Konferenz wie folgt festgesetzt:

- 1. Bericht des internationalen Sekretärs.
- 2. Stellung zu dem internationalen Kartellvertrag.
- 3. Periodische Berichterstattung der angeschlossenen Organisationen.
- 4. Anträge.

Der internationale Sekretär.
Th. Bömelburg.

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 31. Juli bis 6. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 1000, Hamburg 1000, Bosen 800, Stettin 500, Bitterfeld 500, Hannover 500, Spandau 400, Berlin 400, Schwebitz 300, Gießhain 300, Göttingen 200, Jannenhäuten 200, Halle a. d. Saale 200, Rangenbach 170, Eichen 150, Glin a. M. 150, Groß-Neuenhof 100, Griebitz 100, Eßling 100, Oberhüt 100, Rangenhaga 100, Galsberge 100, Salzwitzer 100, Dessau 75, Weßlar 70, Böhlen 40. Summa M. 7655.

Zufüsse erhielten: Bremen M. 500, Felsenbach 250, Mühlert i. Westf. 200, Reßlin 150, Mitten 150, Waldborf 100, Schmitz 100, Grunze 100. Summa M. 1550.
Aktion a. 6. August 1910.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submittionen usw.
Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Banenstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Quer Fachblatt zu senden.

Berlin. Am 5. August stürzte der mit Nieten von Eisenstäben am Dache des Neubaus auf dem Oprenhause beschäftigte Schlosser Schäfer aus Dortmund, der für die Dortmund-Brückenbaugesellschaft tätig ist, 40 m in die Tiefe. Er erlitt schwere Verletzungen. Erst drei Wochen hat sich ein ähnlicher Unglücksfall ereignet, dem ebenfalls ein Arbeiter zum Opfer fiel.

Bochum. Am 29. Juli, kurz vor Feierabend, wurde der Bauhilfsarbeiter Kerling am Neubau Mergenthal an der Brangelfabrik, wo er an der Mörtelzubereitung beschäftigt war, von einem Hebel aus dem Dachstuhl getroffen und im Nacken erheblich verletzt. Ein Schutggerüst war nicht angebracht. Am Neubau des Unternehmens Grote in der Weiberstraße im Bezirk Ehrenfeld stürzte am 4. August der Maurer E. Weßelstein aus Cassel beim Gerüstmachen an der Vorderfront im ersten Stockwerk nach vorn über auf die Straße und war sofort tot.

Braunschweig. Dem am Neubau des Unternehmers Götpler, Boderstraße, beschäftigten Bauarbeiter Wah stürzte am 6. August ein gestülpter Kalkstein aus der dritten Etage auf den Kopf. Lebensgefährlich verletzt, wurde er nach dem Krankenhaus transportiert. Wäre ein Schutggerüst gewesen unter dem Aufzug, wäre der Unfall nur leicht oder gar nicht geschehen.

Schubach. Am 1. August brach hier in der Gemischen Fabrik ein mit etwa 100 bis 150 Ziegelsteinen beladenes Gerüst, wobei der Maurer Wilhelm Abt 4-5 m in die Tiefe stürzte und den linken Arm brach sowie sich sonstige Verletzungen zuzog. Ein anderer Maurer rettete sich durch einen Sprung auf eine Mauer. Der Verletzte wurde nach dem vom Arzt verbunden war, nach seiner 5 km entfernten Wohnung gebracht. Von einer polizeilichen Bauaufsicht kennt man hier nichts.

Tellbrück. (Vergiftung durch Stickluft.) Am 30. Juli ereignete sich hier ein folgenschwerer Unfall. Man war auf der hiesigen Sprengtapielfabrik mit der Reinigung einer alten Schlingrube beschäftigt gewesen und stellte in nächster Nähe derselben eine neue Grube von ungefahr 8-10 m Tiefe her. Beschäftigt wurden an dieser Arbeit fünf Mann, die abwechselnd alle fünf Minuten in die Grube mußten. In einen längeren Aufenthalt in der Grube war nicht zu denken, da sie durch die nebenan liegende alte Grube vollständig mit Stickluft durchdrungen war. Welche Wirkung die Stickluft auf die in der Grube Beschäftigten hatte, geht daraus hervor, daß die Leute immer mit blauen Lippen herauskamen. Selbst das Erdreich ist in einem Luftefreise von 30 m vollständig durchsucht und hat eine rote Farbe angenommen. Trotz dieser gesundheitswidrigen Verhältnisse ist es dem Bauunternehmer Jaf. Strücker gelungen, die Arbeiter fertigzustellen. Die Folgen davon stellen sich aber kurz nachher bei allen in der Grube Beschäftigten ein. Zu dem Maurer Gottfried Müllers mußte am selben Abend noch ein Arzt kommen und einige Stunden später war er bereits eine Leiche. Ein zweiter Maurer hat dieselbe Nacht wegen Atemnot in einer Laube zugebracht. Am andern Tage mußten sich die übrigen gleichfalls zu einem Arzt begeben. Auch der Unternehmer, der gleichfalls verschiedene Male in der Grube gewesen ist, hat ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Hier hat man zweifellos nicht die nötigen Vorkehrungsregeln in Anwendung gebracht; denn wenn nicht länger als je fünf Minuten in der Grube gearbeitet werden konnte, so war es dringend notwendig, daß durch eine Vorrichtung Sauerstoff in die Grube geleitet wurde. Das war aber mit Zeit und Unkosten verknüpft, weswegen es unterlassen wurde. Statt dessen ist ein junger Menschenleben preisgegeben und die Gesundheit mehrerer anderer erheblich erschüttert worden. Ein Maurer hat sich sofort geneigert, die Arbeiten zu machen. Hoffentlich wird die weitere Untersuchung ergeben, wer der Schuldige ist, damit er zur Verantwortung gezogen werden kann.

Gerthe. An einem Anbau des Bechendirektors Brandenbüsch in der Lohringstraße, der von der Firma Collin & Brandt aus Dortmund ausgeführt wird, stürzte am 5. August der italienische Maurer Eugenio aus der zweiten Etage vom Gerüst ab. Er war eben damit beschäftigt, einen Pfeiler fertig zu stellen. Der Pfeiler kam ins Schwanken, bekam das Uebergewicht und riß L. mit in die Tiefe. Er erlitt dabei schwere Verletzungen am Kopf und Rücken, so daß er von der Baustelle getragen werden mußte. Es muß noch bemerkt werden, daß auch kein Verbandsgang auf der Baustelle war und jetzt auch noch nicht angebracht ist. Mögen die Kollegen dafür sorgen, daß endlich auch auf dieser Baustelle die Schutzvorschriften eingehalten werden.

Somburg b. d. S. Am 26. Juli stürzte der Dachbeder Fritz Fabel am Neubau des Unternehmers Christian Lang vom ersten Stock durch das Stiegenhaus in den Keller, wo er betäubungslos liegen blieb. Er mußte mit einer Strolche sich nach seiner Wohnung gebracht werden. Zum Glück fiel sich bald heraus, daß er mit einigen Schläuchen davonkommen war. Das Unglück passierte beim Abdecken der Balconanlage. An den Boden war kein Geländer, sonst wäre der Unfall nicht vorgekommen. Auch die übige Abdeckung ist mangelhaft. Der Polizeibeauftragte ist hiesiger Tischlermeister und hängt viel von den Unternehmern ab; er sagt den Unternehmern schon vorher, wenn er kommt. Nach den Gerüchten sieht er überhaupt nicht, sondern höchstens nach den Baubüchern. Das ist immerhalb weniger Wochen der zweite Unfall bei Lang.

Wentzen. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am 30. Juli an dem Gehäus. Jesuitenstraße und Wasserstraße, wo umfangreiche Umbauarbeiten ausgeführt werden und auch das Dachgerüst erhöht wird. Bei diesen Arbeiten war auch der Maurer Roman Gebhardt beschäftigt, der aus der Höhe von 17 m nach außen abstürzte. Er durchschlug das um eine Etage tiefergelegene Schubdach und schlug dann auf die Gasse mit dem Würgerbeil auf. Infolge inneren Verletzungen trug der Bedauernswerte einen Schädelbruch und eine Gehirnerkütterung davon. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt hat zurzeit den großen Nachteil, daß sie den Zustandsveränderungen viel zu langsam folgt. Jetzt erst liegen die Ausweise für den Monat Juni vor, obwohl wir sie schon für Juli haben sollten. Nichtsdestoweniger ist die Kenntnis der Entwicklung aus so von großem Interesse für die Praxis: im Monat Juni verschwinden nach der Uebernahme der Arbeit die durch die Ausperrung bedingten anomalen Erscheinungen am Arbeitsmarkt im Baugewerbe. Lasser wir die Einwirkung des Kampfes auf den Arbeitsmarkt noch einmal Revue passieren, so erhalten wir für alle Berufe in den letzten Monaten folgende Andrangshöhe:

Table with 5 columns: Jahr, März, April, Mai, Juni. Rows for 1909 and 1910.

Im Monat März war die Erleichterung des Arbeitsmarktes im Vergleich zum sehr ungünstigen Vorjahre noch sehr groß. Der April stand schon unter dem Druck des beginnenden Kampfes, der in seiner Ausdehnung den Andrang bis auf die Höhe von 182,90 hinauftrieb. Im Juni sank die Höhe des Andrangs wieder, aber er bleibt noch immer über dem Niveau des Vorjahres, was kein erfreuliches Zeichen ist. Seit 1906 ist der Andrang im Juni noch nie so hoch gewesen wie 1910.

Seit 1906 gestaltete sich der Andrang auf 100 offene Stellen in den Monaten Mai und Juni wie folgt:

Table with 3 columns: Jahr, Mai, Juni. Rows for 1906, 1907, 1908, 1909, 1910.

Von Mai auf Juni ist die Bewegung keineswegs regelmäßig. Die Jahre 1906 und 1909 zeigen eine Zunahme, die übrigen aufgeführten Jahre eine Verminderung des Andrangs. Den günstigsten Stand in diesen fünf Jahren zeigt der Juni 1907. Gleichermaßen den Arbeitsmarkt im Baugewerbe nach den verschiedenen Berufsgruppen, so zeigt sich zwar bei der meisten, aber keineswegs bei allen eine Verminderung des Andrangs. Es betrug nämlich die Zahl der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen:

Table with 5 columns: Beruf, 1909 Mai, 1909 Juni, 1910 Mai, 1910 Juni. Rows for Maurer, Zimmerer, Maler, etc.

Gegenüber dem Vorjahre zeigen drei Gruppen ein Rückgang des Andrangs und zwar die Maler, die Glaser und die ungelerten Arbeiter. Nichtsdestoweniger ist gegenüber dem Vormonat Mai bei den Malern eine Zunahme des Andrangs eingetreten, während bei den Gläsern und ungelerten Arbeitern eine Erleichterung nicht nur gegenüber dem Vorjahre, sondern auch gegenüber dem Vormonat festgefunden hat. Höher als im Vorjahre steht der Andrang noch bei den Maurern, den Zimmerern und bei den übrigen gelerten Berufen, obwohl mit Ausnahme der letztgenannten Gruppe gegen den Vormonat eine überaus starke Senkung des Andrangs zu beobachten ist. Absolut am stärksten ist der Andrang am Arbeitsmarkt für Maurer, Puzer und Stuckateure von Mai auf Juni zurückgegangen: von 305,07 auf 167,47, oder 137,60 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen. In dieser Abnahme des Andrangs kommt die Beteiligung der Ausperrung in der schärfsten Weise zum Ausdruck. Es fehlt nicht viel und der Andrang wäre auf dem Niveau des Vorjahres angelangt. Die Mehrzahl der Landesteile weist schon dieses günstige Gepräge auf. Es ist geradezu auffallend, wie schnell in einzelnen Gebieten die Angst des Mai einer günstigen Lage im Juni gewichen ist. Wir lassen nachstehend die Landesteile folgen, in denen der Andrang im Juni 1910 schon wieder niedriger steht als 1909. Es sind hauptsächlich folgende Landesteile, für die der Andrang von Mai auf Juni sich im laufenden und vorigen Jahre wie folgt bewegte:

Table with 5 columns: Landesteil, 1909 Mai, 1909 Juni, 1910 Mai, 1910 Juni. Rows for Berlin, Posen, Sachsen, etc.

Der Grad der Erleichterung und Besserung gegenüber dem Vorjahre ist äußerst verschieden. In Berlin ist er aus nachfolgendem Grunde gering; am stärksten dagegen ist er in Westfalen, im Rheinland und in Schleswig-Holstein. In diesen Landesteilen und dazu noch in Württemberg ging der Andrang unter 100 zurück. Noch recht hoch steht er in Hessen-Nassau, während sonst das Angebot nicht mehr so stark über die Nachfrage hinausgeht. Neben diesen Landesteilen, in denen sich im Juni der Andrang für die Maurer günstig entwickelt hat, haben wir aber noch immer einige Gebiete zu erwähnen, in denen der Andrang nicht nur höher steht als im Vorjahre, sondern auch noch gegen den Vormonat Mai gemachsen ist. In nachstehender Uebersicht folgen die Landesteile mit ihrem Andrang im Mai und Juni der Jahre 1909 und 1910:

Table with 5 columns: Landesteil, 1909 Mai, 1909 Juni, 1910 Mai, 1910 Juni. Rows for Hannover, Bayern, etc.

Auffällig ist die ungewöhnliche Höhe des Andrangs in Hamburg, wo sich das durch starken Zugang aus im Kampfe stehenden Orten hervorgerufene Ueberangebot in einer überaus bedenklichen Weise ziffermäßig ausprägt. Aber auch in Hannover ist der Andrang noch ziemlich erheblich.

Gewerkschaftliches.

Zur Werftarbeiterbewegung. Nachdem der Verein der Werftarbeiter auf die Forderungen der Arbeiter eine ablehnende Antwort erteilt hatte, beschloß zunächst die Hamburger Werftarbeiter, am 4. August in den Streik einzutreten. Diesen Beschluß kamen außer den freien Gewerkschaften auch die Christlichen und Sozialdemokratischen Arbeiter nach, so daß sich insgesamt nahezu 10 000 Arbeiter im Ausstand befinden. Die Arbeiter der andern Werftarbeiter erklärten sich im zum Teil überfüllten Versammlungen mit den Ausständlern solidarisch.

Darauf beschloß der Verein der Geschäftswerten in einer am 6. August abgehaltenen Sitzung, am 11. August 60 Pct. aller auf Geschäftswerten beschäftigten Arbeiter auszusperren. Es muß damit gerechnet werden, daß der Kampf einen noch viel größeren Umfang annehmen, möglicherweise sogar den Bauarbeiterkampf an Größe überreffen wird.

Ludwig Weghäuser, der langjährige leitende Redakteur des „Korrespondenzblattes für Deutschlands Bauarbeiter und Schriftgeher“, ist am 1. August von seinem Posten zurückgetreten. Nach seinem Abtritt ist im „Korrespondenzblatt“ eine bestimmte Vorgänge persönlicher Natur, die ihn veranlaßten, mit seinem Rücktritt nicht, wie erst beabsichtigt war, bis zum September zu warten. Man wird nicht festsehen, wenn man annimmt, daß der Rücktritt Weghäusers nicht ganz freiwillig erfolgt ist. Weghäuser, der zweifellos über ein großes Wissen verfügt, der für die Stärkung der Bauarbeiterorganisation viel getan und sich durch sein Eintreten für die Tarifpolitik der Gewerkschaften auch um die allgemeine Gewerkschaftsbewegung große Verdienste erworben hat, war, das kann man ohne Ueber-treibung sagen, ein geschätzter Gegner der Sozialdemokratie. Hervorgehoben wurde dieser Satz durch seinen, wie er annahm, zu Unrecht erfolgten Ausschluß aus der Partei und durch die häufig, oft allerdings zu Unrecht, gegen ihn gerichteten Angriffe seiner Gegner. Sein Haß gegen die Partei machte ihn schließendlich für die Wirkung seines Luns völlig blind, und nicht selten hatte man das Gefühl, als ob er mit wahrer Wollust Material gegen die Partei und einzelne ihrer Führer sammelte. Den Gipfel seines die Arbeiterbewegung schädigenden Luns erklimmte er mit seinem Artikel gegen Richard Fischer, den Leiter des „Vorwärts“betriebs, den er ausgerechnet an dem Tage veröffentlichte, wo die ganze übrige Arbeiterpresse den siebzehnten Geburtstag August Bebel's feierte, und in dem er drohte, demnächst Abrechnung mit der sozialdemokratischen Partei halten zu wollen. Dieses eines Arbeiterführers unwürdige Treiben dürfte weitestlich mit der Veranlassung zu seinem jetzt erfolgten Rücktritt gemein sein. Die neue „Korrespondenzblatt“ Redaktion teilt mit, daß der Personenwechsel auf dem Steuermannsposten keine Kursänderung des „Korrespondenten“ im Gefolge haben werde. Soffen wir, daß die sich diese Worte nur auf die tatsächliche Haltung des Blattes, nicht aber auch auf seine Stellung zur sozialdemokratischen Partei beziehen!

Polizei und Gerichte.

„Im Namen des Königs!“ ist unser Throner Zweigverein zu einem „politischen Verein“ gemacht worden, trotz der gegenteiligen Entscheidungen des Reichsgerichts und der Erklärungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg im Reichstage, und trotz der gegenteiligen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes. Das Throner Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsrats Böllner hat die Mitglieder unseres dortigen Zweigvereins vorbestanden zu je M. 10 Strafe oder zwei Tagen Haft usw. verurteilt, weil sie die „erfolgte Veränderung in der Zusammensetzung des Vorstandes der Polizeibewachung nicht angezeigt haben“, obwohl es angeblich keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Verein ... als politischer Verein anzusehen ist.“ Punktum! Die Begründung zu diesem famosen Urteil ist so „kaffisch“, daß sie ganz beröckelnd zu werden verdient. Sie lautet:

Im Jahre 1900 ist in Thorn ein Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gegründet worden. Die Angelegten sind Vorstandsmitglieder dieses Vereins. Bisweilen ist erster, Frommholz zweiter Vorsitzender, Arendt Schriftführer und Urbanski Kassierer. Im Dezember 1909 trat infolgedessen eine Veränderung in der Zusammensetzung des Vorstandes ein, als Biszewski zum ersten und Frommholz an Stelle des Biszewski zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurden. Diese Veränderung im Vorstande haben die Angelegten der Polizeibehörde trotz Aufforderung nicht angezeigt.

Die Angelegten bestritten, hierzu verpflichtet zu sein, da der Zweigverein kein politischer im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes sei.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Zweigverein des Maurerverbandes als selbständiger Verein im Sinne des § 3 a. a. O. anzusehen ist. Er hat seine selbständige Organisation und Kasse, nimmt Mitglieder auf und stellt sich somit als eine selbständige, örtlich abgegrenzte dauernde Vereinigung von Verbandsmitgliedern zur Verfolgung der Verbandszwecke dar. Nach § 3 a. a. O. besteht nun eine Verpflichtung zur Anmeldung von Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes nur für einen Verein, „der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt“. Das Gericht hat keine Bedenken getragen, die politische Natur des Zweigvereins im Sinne dieser Gesetzesdefinition anzuerkennen. Die Tatsache, daß der § 1 der Satzungen bestimmt: „Der Verband hat zum Zweck die alleseitige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen...“, hebt dieser Annahme nicht entgegen. Es kommt nicht darauf an, was die Satzungen besagen, sondern wie der Verein sich betätigt. Hierüber geben aber die Verträge und Aufzeichnungen der die Versammlungen des Vereins überwachenden Beamten, die sich in den Akten der hiesigen Polizeibehörde befinden, und die, wie die Beamten eithlich bezeichnen, den Gang der Verhandlungen und den Inhalt der gehaltenen Reden genau wiedergebende, die beste Auskunft. Nach dieser in den Verträgen niedergelegten Art der Betätigung des Vereins ist anzunehmen, daß der Verein neben seinem Bestreben, die wirtschaftliche Lage der Maurer zu heben, auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Hierfür spricht die Tatsache, daß die Mitarbeiter auf der Tagesordnung der für den 28. April 1907 in Aussicht genommenen Versammlung gesetzt ist, daß dann auch in dieser Versammlung der damalige Vorsitzende Westhoff wie auch der jetzige Vorsitzende Biszewski für die Feier eintraten. Die Tatsache, daß die Mitarbeiter auf die Tagesordnung gesetzt ist und vom Vorsitzenden befristet wurde, läßt auch darauf schließen, daß es sich um eine Vereinsangelegenheit handelte und daß nicht nur die Auffassung einzelner Mitglieder zum Ausdruck

gebracht werden sollte. Daß die Maifeier als politisches Machtmittel anzusehen ist und daß sie eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, bedarf keiner näheren Ausführung. Aus den Berichten geht ferner hervor, daß in den Jahren 1907 und 1908 wiederholt Redner aufgetreten sind. Die sozialdemokratische Ansichten und Tendenzen vertreten. Es sei nur auf die Versammlungen vom 21. April 1907, 31. Mai 1907, 28. Februar 1908 verwiesen. Wiederholt ist auch mit klaren Worten zur tatkräftigen Unterstützung dieser Partei, und zwar selbst vom Vorsitzenden des Vereins, aufgefordert worden. So in den Versammlungen vom 31. März 1908 und 28. April 1908. Bezeichnend für den politischen Charakter des Vereins ist die Tatsache, daß die Angeklagten sämtlich Mitglieder des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins sind. Bezeichnend ist auch die häufige Anwesenheit des Zimmerers Neumann in den Vereinsführungen, obwohl er gar nicht Vereinsmitglied ist. Er ist Vorstandsmitglied des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins und hat, wie er bei seiner Vernehmung zugab, die Versammlung im Einverständnis mit dem Vorstande besucht, um die Mitglieder für den Wahlverein und die Zwecke seiner Partei zu interessieren. Er hat am 27. Januar 1909 in einer Versammlung dieses Vereins mit Genehmigung des Vorstandes über die soziale Gesetzgebung des Staates gesprochen und im Anschluß daran die sozialdemokratischen Bestrebungen besprochen. Er hat ferner, wie er ebenfalls zugab, noch in letzter Zeit während des Streiks die Versammlungen der Maurer besucht und für seine politischen Ansichten Stimmung gemacht.

Es kann daher wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Verein sich schon seit mehreren Jahren im Sinne der sozialdemokratischen Partei betätigt und damit selbst als politischer Verein (§ 3 a. a. O.) anzusehen ist. Die Angeklagten waren daher verpflichtet, die Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes anzugeben.

Es steht somit tatsächlich fest, daß die Angeklagten zu Thoren als Vorstandsmitglieder des Thorer Zweigvereins des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, eines Vereins, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, die im Dezember 1909 erfolgte Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes der Polizeiverwaltung nicht angezeigt haben — Übertretung der §§ 3, 18^a des Reichsverfassungsgesetzes.

Die erkannten Geldstrafen, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle gemäß §§ 28 ff. des Strafgesetzbuches zwei Tage Haft treten, waren angemessen, weil die Angeklagten als Vorstandsmitglieder dieses Vereins wegen Übertretung des Vereinsgesetzes noch nicht bestraft sind, usw.

Nach der Urteilsbegründung des hochweisen Thorer Schöffengerichts könnte selbstverständlich fast jede freigeberische Organisation — Zentralorganisationen wie Zweigvereine — als „politischer Verein“ erklärt werden; denn solche und ähnliche „Zweige“ wie in Thoren lassen sich wohl überall finden. Insbesondere werden die Vorstandsmitglieder der Zentralorganisationen wie auch der meisten Zweigvereine zugleich Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine sein, wie auch in allen diesen so oft als „sozialdemokratisch“ bezeichneten Organisationen mehr oder weniger „sozialdemokratische Tendenzen“ vertreten werden. Mit der Maifeier und der Maifeierfrage dürften sich gleichfalls die meisten dieser Vereine gelegentlich beschäftigen, und ebenso dürfte auch in allen Vereinen gelegentlich von einem Angehörigen eines andern Berufs oder auch von einem III Sozialdemokraten irgend ein sozialpolitischer Vortrag gehalten und auf den Wert der sozialdemokratischen Partei aufmerksam gemacht worden sein. Das tun ja insbesondere auch die Organe der Zentralverbände sowie die Mitglieder ihrer Vorstände, ohne daß deswegen außer dem Thorer Schöffengericht jemand die Behauptung aufzustellen wagte, diese Verbände seien politische Vereine. Wir halten es, ohne uns mit dem unüberwindlichen Urteil des Schöffengerichts weiter befassen zu wollen, für ganz selbstverständlich, daß das Urteil des Schöffengerichts von der Berufungsinstanz aufgehoben wird.

Seidelberg. Während der letzten Bauarbeiterausperrung kam es in Seidelberg und Umgebung zwischen Arbeitswilligen und Ausgesperrten wiederholt zu Zusammenstößen, wobei zumeist die herausfordernde Haltung der Streikbrecher die Veranlassung gab. Als Strafrichter für diese Taten fungierte jetzt der Oberamtsrichter Seib, der im Aufse einer besonderen Verehrung der Arbeitswilligen steht. Der Kollege J. hatte dem Polier Waier einige Grobheiten gesagt. Der Polier hatte diese auf der Stelle erwidert. Bei einem Privatbeleidigungsprozeß hätten beide Strafe erhalten. So oder erhielt J. sechs Tage Haft, der Polier geht ohne Strafe aus. Der Sipser E. sagte zu einem Buchbruder, der in einer Wirtshaft bei einem Arbeitswilligen saß: „Rede nicht mit dem; der schafft ja.“ Es gab eine kleine Geldstrafe. Der Amtsrichter Seib bemerkte zu dem ausgesperrt gewesenen Arbeiter: „Ist es denn eine Schande, wenn man schafft!“ Der Arbeitswillige Schwegler bezeugte auf dem Heimwege mehreren Ausgesperrten. Es kam zu Sticheleien. Schwegler nahm ein Messer mit und schlug auf den Maurer Stob ein, so daß dieser bemußigt zusammenbrach. Schwegler erhielt nun von andern Arbeitern Schläge. Stob, der angeschlagen wurde, und ein Maurer E. kamen auf die Anklagebank und erhielten jeder zwei Monate Gefängnis. (1) Der Amtsrichter gab bei der Leitung der Verhandlung dem Verleibiger Veranlassung, sein Mandat niederzulegen. Eine Vernehmung der gemeldeten Entlassungsgenossen wurde abgelehnt. Eine Klassenjustiz gibt es bekanntlich in Preußen-Deutschland nicht.

Eingegangene Schriften.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Das unter diesem Titel herausgegebene sechste Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben in neuer, der 6. Auflage erschienen. Der Verfasser hat unter Berücksichtigung des Reichstagsbeschlusses ein neues Vorwort vorangeschickt, in dem er hervorhebt, daß der aus politischen Gründen geborene Beschluß diesen Zweck weit hinter sich lassen die Arbeiterklasse nicht in ihrem Kampfe gegen das preussische Junkertum. „Denn“, sagt der Verfasser, „mit jedem Tropfen Schnaps, den die deutsche Arbeiterklasse trinkt, fällt auch etwas von der Fäulnis und dem Trost dahin, mit dem die Alkoholbetäubung das proletarische Gewissen verdeckt.“ Und jede Minute, die die Arbeiterklasse für die nichterne, verstandesblare Betrachtung ihrer Lage gewinnt, bedeutet neue Kraft zur Abwehrung des Joches, unter dem sie leidet. Jede solche Minute kalten, harten Entschlusses erzeugt neue Gedanken, neue Einsicht, neuen Gefühls der Empörung, die zusammengehämmert durch den Druck der Verhältnisse jenen proletarischen Gesamtwillen erzeugen, der alle Hindernisse überwindend, zum Siege führen muß.“ Aus dem Inhalt des empfehlenswerten Schriftchens heben wir die folgenden Kapitel hervor: Was versteht man unter Alkoholfrage? — Häufigkeit der Alkoholvertränkungen. — Alkohol und Verbrechen. — Lebensdauer der Wirtinnen und der Wirtigen. — Die Ursachen des Alkoholismus. — Die Trinksitte der Trinksittigen. Das Proletariat und der Alkohol. — Warum wir Abstinente sind. — Das empfehlenswerte Heft ist zum Preise von 20 P durch jede Buchhandlung und Kolporteur zu beziehen. Eine Ausgabe auf besserem Papier kostet 50 P.

Das Braunkapital und seine Knappen, Dokumente und Tatsachen, zusammengestellt von Georg Dabbs, Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinente-Bund (Hof, Michaelis), Berlin SO 16, Engel-Platz 19. — 82 Seiten M. — 25. Wenn es interessiert, die Schicksale des Kapitals — namentlich die des Braunkapitals — kennen zu lernen, dem ist die Anschaffung der Broschüre bestens zu empfehlen.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

Au unsere Berichterstatter. In letzter Zeit erhielten wir wieder häufig Mitteilungen, Unfallsberichte, Anzeigen usw. ohne beigelegten Stempel. Um uns umdieser Schreibereien und Ausgaben für Porto zu erparen (wir müssen in zweifelshaften Fällen erst die Bestätigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes einholen), ersuchen wir unsere Berichterstatter wiederholt, allen Mitteilungen den Vereinsstempel beigezudrücken. Desgleichen bitten wir, die Abkürzung einzelner Worte zu unterlassen, da wir in Berichten um alle abgekürzten Worte vervollständigen müssen. Inbaldige Versammlungsberichte, wie solche in letzter Zeit wieder mehrfach an uns gelangt sind, können wir nicht berücksichtigen; dagegen ist uns die Einblendung möglichst kurz gefaßter Situationsberichte erwünscht. Die Redaktion.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Christian Thorwald Christensen, geboren 17. April 1881 zu Springforbi bei Klampenborg, Kreis Helsing in Dänemark, wird von seinem alten Vater dringend gebeten, ihn wegen einer durch den Tod seines Bruders notwendigen Erbchaftsregulierung seine Adresse mitzuteilen. Kollegen, die mit Christenen zusammen arbeiten, wollen ihn auf diese Anzeige aufmerksam machen.

Rudolf Wobser, geboren den 21. November 1890, wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder **Emil Wobser, Kafel, Abbau,** wegen Todesfalls seiner zwei Brüder gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort wissen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. [M. 1,80]

Görlitz.

Sonnabend, den 27. August, feiert unser Zweigverein im „Titoll“ sein

Fünfundzwanzigstes Organisations-Jubiläum

bestehend in
Konzert, Gesang, Feste, komischen Vorträgen
 „ : : : Turnen, Theater und Ball : : : :
 Beginn abends 8 1/2 Uhr
 Die Mitglieder der umliegenden Zweigvereine werden hiermit freundlichst eingeladen.
 [M. 4,50] Die Vergütungskommission.

Striegau.

Sonntag, den 21. August, feiert unser Zweigverein im „Fürst Bismarck“ sein

Zwölftes Stiftungsfest

bestehend in humoristischen Vorträgen und Ball.
 Anfang 7 Uhr.
 Die Kollegen von Striegau und Umgegend sind dazu freundlichst eingeladen.
 [M. 3,50] Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileide 15 S.)

Aißerleben. Am 29. Juli farb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege **David Lößlich** im 62. Lebensjahre.

Berlin. Am 1. August farb unser Mitglied **Franz Strebl** im Alter von 56 Jahren.
 Zahlstelle Friedrichshagen. Am 30. Juli farb unser Verbandsmitglied **Adolf Pieper** im 57. Lebensjahre.

Coblenz. (Zahlstelle Arzheim.) Am 28. Juli farb unser Kollege **Lorenz Rosenbaum** im 27. Lebensjahre an Lungenerkrankung.

Ein. (Zahlstelle Dellbrück.) Am 31. Juli farb der Kollege **Gottfr. Ollig** im Alter von 21 Jahren an den Folgen einer Vergiftung durch Stidulfil. Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen und treuen Kollegen.

Dresden. Am 3. August farb der Kollege **August Herold** aus Steinigtwoldsdorf im Alter von 64 Jahren an Nierenentzündung.

Hannover. Am 22. Juli farb infolge Selbstentzündung unser Kollege **Friedrich Engelhard** im Alter von 30 Jahren.

Königsberg. Am 30. Juli farb unser treuer Mitglied **Friedrich Dignat** im Alter von 41 Jahren an Nierenleide.

Mann. (Zahlstelle Kreuznach.) Am 24. Juli farb infolge eines Gehirnschlages unser treuer Kollege und Vorsitzender **Andreas Dengel** im Alter von 61 Jahren.

Minden. Am 31. Juli verschied unser treuer Kollege **Gottlieb Bierbaum** aus Parkhausen im Alter von 53 Jahren, an Kehlkopfgeschwulst.

München. (Zahlstelle N. u.) Am 1. August farb unser treuer Mitglied **Johann Hammerl** im Alter von 39 Jahren. Er kam so unglücklich unter die Räder eines Sanitätsautos, daß sein sofortiger Tod eintrat.

Nürnberg-Fürth. Am 3. August farb unser Kollege **Johann Dauphin** aus Fischbach im Alter von 36 Jahren an Magenleiden und Wasserleucht. — Am 3. August farb der Kollege **Karl Brenner** im Alter von 59 Jahren an Lungenerleiden.

Obernburg. Am 2. August farb unser Verbandskollege **Herm. Hartmann** im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 5. August erkrankt unser Kollege **Otto Biller** im Alter von 20 Jahren beim Baden.

Osterode i. Ostf. Am 1. August farb unser treuer Kollege **Otto Sablotny** nach zweijähriger Krankheit im Alter von 24 Jahren an Lungen- und Nierenleiden.

Pegau. Am 31. Juli farb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege **Julius Zeuner** aus Gagen im Alter von 50 Jahren an Lungen- und Rippenfellentzündung.

Pöfen. Am 20. Juli farb unser Kollege **Roman Gabryszak** im Alter von 32 Jahren an den Folgen eines am selben Tage erlittenen Unfalls.
 Ehre ihrem Andenken!

Willy Breitkrug, Verb.-Nr. 278 538, wird vom Apolda, Richard Friedrich, Weimarer Straße 39, 2. Et. gesucht. Wer den Aufenthalt Breitkrugs kennt, wolle dies dem Kassierer mitteilen. Porto wird zurückerstattet. [M. 1,50]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorhänger, K Kassierer, L Berthebestofal, H Herberge, Kz Briefeinstreichung wird ausgesetzt bei.)

Osterode i. Ostf. K Heinz Damack, Senden, Hinterstr. 5. Alle Zuschriften sind an seine Adresse zu richten.
Schwerin a. d. W. V Richard Fenger, Marktstr. 33.
Pielenzig. V Paul Schulz, Bahnhofstr. 277.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.
 Sonntag, den 14. August.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann, Schützenstraße. L. O.: Abschlußfeier.
 Prieß. Vorm. 10 1/2 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dienstag, den 16. August.
 Neusalz. Abends 6 1/2 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Referent ist anwesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
 Striegau. Im „Fürst Bismarck“. Wichtige Tagesordnung. Bücher mitbringen.

Donnerstag, den 18. August.
 Grünberg i. Schl. Abends 6 1/2 Uhr in Adams Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonnabend, den 20. August.
 Aken. Abends 6 1/2 Uhr in der Herberge „Zur Delmat“.

Sonntag, den 21. August.
 Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr in der „Pflanzharmonie“. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.
 Sonntag, den 21. August.
 Frankfurt a. d. O. Vorm. 11 Uhr.